

VERGLEICHENDE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Prof. Dr. Sebastian Harnisch

Institut für Politische Wissenschaft
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
69115 Heidelberg

Phone: +49-6221-54-2859

E-Mail: sebastian.harnisch@uni-heidelberg.de

Web: <http://harnisch.uni-hd.de>

Fassung: 15. März 2012

Abstract

This chapter traces the foundation and evolution of comparative foreign and security analysis (CFSPA) as a distinct subfield of both comparative politics and international relations. It first sketches the realm of foreign and security policy in the 21st century. Secondly, it presents the contributions to the field on the systemic, subsystemic and individual level of analysis, focusing liberal approaches explaining the foreign and security policy of democracies. Thirdly, the chapter identifies several methodologies which have informed CFSPA. In conclusion, the chapter explores linkages between different approaches, seeking new avenues of cross-integration and cross-fertilization.

1. Einleitung

*Außenpolitik*ⁱ bezeichnet die politischen Inhalte und organisatorischen Steuerungsformen eines völkerrechtlich anerkannten Gemeinwesens, meist eines Staates, gegenüber externen Akteuren (u.a. Staaten, internationalen Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen) in seiner Umwelt. Als analytisches Konzept setzt „Außenpolitik“ keine nationalstaatlich verfassten Gemeinwesen voraus, die in *“inter-nationalen Beziehungen”* stehen. Prinzipiell können also auch *supranationale Organisationen* (Teile der Europäischen Union) oder völkerrechtlich umstrittene Gemeinwesen (z. B. die Republik China auf Taiwan) eine Außenpolitik haben.

Der Ursprung des Begriffs „Außenpolitik“ liegt gleichwohl in der Abgrenzung von der *„Innenpolitik“* (national)staatlicher Gemeinwesen, die sich seit dem *Westfälischen Frieden* von 1648 von Europa ausgehend in allen Weltregionen etabliert haben. Entsprechend ist die vergleichende Außenpolitikforschung an der „Grenzlinie“ zwischen der *vergleichenden Regierungslehre* und *Policyforschung* einerseits (vgl. das Einleitungskapitel von ...) und der Analyse der internationalen Beziehungen andererseits verortet.ⁱⁱ

Die Analyse von Außenpolitik geht also ursprünglich von der eindeutigen Trennung „Innen-“ und „Außenpolitik“ aus, wie sie charakteristisch für das moderne Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts war: formal gleiche und voll souveräne Staaten sind keiner übergeordneten Gewalt verpflichtet.¹ Die Zunahme zwischenstaatlicher *Interdependenzen*, d.h. wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen den Staaten, die mit Kosten verbunden sind, und das rasche Wachstum internationaler und supranationaler Organisationen im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert hat diese klare Trennung jedoch verwischt. So verändern globale (u.a. Umweltzerstörung, Epidemien, Verbreitung von Telekommunikation) und regionale/lokale Entwicklungen (u.a. der sog. „arabische Frühling“ und die Krise um das iranische Atomprogramm) die Innen- und Außenpolitik von Staaten und Gemeinwesen gleichermaßen inhaltlich.

Wenn sich diese Grenzlinie zwischen Innen- und Außenpolitik aber verschiebt, weil innenpolitische Fragen (z. B. der demographische Wandel und Fachkräftemangel) zunehmend eine externe Dimension haben, dann verändern sich auch die Inhalte und organisatorischen Steuerungsformen der *Sicherheitspolitik* eines Gemeinwesens.ⁱⁱⁱ Die traditionel-

¹ Die internationalen Beziehungen werden deshalb oft als an-archisch, ohne formale Herrschaft einer Weltregierung, bezeichnet, vgl. Lake 2011.

le Sicherheitspolitik zielte noch auf den territorialen Schutz eines Staates allein während die heutige Sicherheitspolitik (etablierter Gemeinwesen)² neben dem Grenzschutz, der Territorial- und *Bündnisverteidigung* auch mit der Abwehr transnationaler Risiken und Gefahren (Terrorismus und organisierte Kriminalität) sowie der Durchsetzung grundlegender *Menschenrechte* (Stichwort: *humanitäre Intervention*) befasst ist (Bonß 1997; Morgan 2007).

Vergleichende Außen- und Sicherheitspolitikanalyse

Da die vergleichende Außen- und Sicherheitspolitikanalyse an der Grenzlinie zwischen Innenpolitik und internationalen Beziehungen liegt, ist seit Beginn der Teildisziplin umstritten, ob und inwiefern Außen- und Sicherheitspolitik mehr durch die Strukturen innerhalb des Gemeinwesens oder durch Zwänge des *internationalen Systems* beeinflusst wird. Betrachtet man die Entwicklung der Teildisziplin seit Beginn der 1950er Jahre, so wird erkennbar, dass zeitweise innenpolitische und zeitweise internationale Erklärungen dominierten. Dagegen konnten sich im letzten Jahrzehnt vermehrt Ansätze etablieren, die interne und externe Faktoren gemeinsam oder aufeinanderbezogen berücksichtigt haben (Harnisch 2003; Hudson 2007).

Eine wichtige Grundannahme der vergleichenden Außen- und Sicherheitspolitikanalyse bildet die Beobachtung, dass staatliches Außenverhalten auf drei unterschiedlichen *Analyseebenen* erklärt werden kann. Ausgehend von Kenneth Waltz' Erklärung für die Entstehung von Kriegen (Waltz 1959) hat J.D. Singer (1961) eine systemische Ebene (das Zusammenwirken der Nationalstaaten in den internationalen Beziehungen), eine subsystemische Ebene (das Zusammenwirken politischer Akteure innerhalb von Staaten, inklusive gesellschaftlicher Kräfte) sowie die individuelle Ebene (das Wirken individueller Merkmale, inklusive individueller Perzeptionen, Weltbilder etc.) voneinander unterschieden.^{iv}

In diesem Beitrag werden deshalb zunächst, nach einem kurzen Überblick der historischen Entwicklung der Ansätze zur vergleichenden Außen- und Sicherheitspolitik (Abschnitt 2), die systemischen Ansätze mit ihren zentralen Kausalmechanismen und Verhaltensannahmen für unterschiedliche Staatentypen diskutiert (Abschnitt 3). In Abschnitt 4

² Für eine wachsende Zahl an fragilen Staaten und Staatenbünden gilt, dass diese bereits mit dem Aufbau und der Aufrechterhaltung eines staatlichen Gewaltmonopols überfordert sind und so zum Objekt internationaler Ordnungspolitik (meist im UN-Rahmen) werden.

werden sodann die subsystemischen Ansätze erörtert. Der Schwerpunkt liegt hier auf der Erklärung der Sicherheitspolitik demokratischer Staaten. Nach der Darstellung von Ansätzen auf der individuellen Ebene (Abschnitt 5) werden sodann sozial-konstruktivistische Erklärungsansätze vorgestellt (Abschnitt 6), die die Trennung der Analyseebenen aufzuheben versuchen und die Teildisziplin im vergangenen Jahrzehnt maßgeblich geprägt haben. Schließlich geht das Fazit (Abschnitt 7) kurz auf einige Chancen zur Integration der oft disparat wirkenden Teildisziplin ein.

2. Eine kurze Geschichte der vergleichenden Analyse von Außen- und Sicherheitspolitik

Die Beschäftigung mit subsystemischen Faktoren bildet den Ausgangspunkt der vergleichenden Außenpolitikanalyse. Sie geht auf Richard Snyder und seine Kollegen zurück, die Anfang der 1950er Jahre den Staat als „einheitlichen und rationalen Akteur“ aufbrachen und den außenpolitischen Entscheidungsprozess zwischen unterschiedlichen Einzelpersonen und Ministerien in den Mittelpunkt einer neuen Teildisziplin rückten (Snyder et al. 1954). Etwa zur gleichen Zeit, Mitte der 1950er Jahre, entwickelten das Ehepaar Sprout, Margaret und Harold, einen dritten Strang in dieser ersten Generation der vergleichenden AP-Analyse (Sprout/Sprout 1957). Die Sprouts gingen in ihrem bahnbrechenden Aufsatz davon aus, dass Machtressourcen-Analysen keine tragfähigen Aussagen erbringen könnten, weil ihnen eine plausible Annahme über die Auswahl der außenpolitischen Ziele (hier undertakings) fehle. Erst die Analyse des „psychologischen Milieus“ von Individuen und Entscheidungsgruppen, so die Sprouts, könne eine nachvollziehbare Erklärung des außenpolitischen Handelns erbringen.

„Instead of drawing conclusions regarding an individual's probable motivations and purposes, his environmental knowledge, and his intellectual processes linking purposes and knowledge, on the basis of assumptions as to the way people are likely on the average to behave in a given social context, the cognitive behaviouralist – be he narrative historian or systematic social scientist – undertakes to find out as precisely as possible how specific persons actually perceive and respond in particular contingencies“ (Sprout/Sprout 1965: 118).

Mit James Rosenaus „Pre-Theory“ (1966) rückte die junge Außenpolitikanalyse dann Mitte der 1960er deutlich näher an die vergleichende Politikwissenschaft heran. Rosenau

zielte auf eine Theorie „mittlerer Reichweite“, die anhand von *akteursspezifischen Hypothesen* (territoriale Größe, Wirtschaftskraft etc.) mit Hilfe statistischer Verfahren zu überprüfbaren und generalisierbaren Aussagen über den außenpolitischen Output von Staaten gelangen würde.

Diese drei Wurzeln der vergleichenden AP-Analyse wuchsen in der sich an naturwissenschaftlichen Standards orientierenden Forschung der 1970er rasch heran (Vgl. Tabelle 1). In der Tradition von Snyder et al. entwickelten sich zwei Forschungslinien: eine Gruppe, die sich primär mit Entscheidungen in Gruppen auseinandersetzte (Janis 1972) und eine weitere Gruppe, die sich mit Politikfindungsprozessen in Organisationen und zwischen außenpolitischen Bürokratien befasste (Allison 1971) (vgl. auch den Abschnitt Entscheidungsprozessanalysen unten). Letztere Gruppe beeinflusste auch maßgeblich die Anfänge der theorieorientierten Außenpolitikforschung in der Bundesrepublik, so den grundlegenden Sammelband von Helga Haftendorn (1978) zur Bürokratisierung der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik.³

Aus der von Rosenau begründeten Forschungslinie der *„Comparative Foreign Policy Analysis“* (Rosenau 1974) entwickelten sich Forschungsvorhaben, die mit Hilfe quantitativer Methoden versuchten, wiederkehrende Korrelationen zwischen AP-Ereignissen (abhängige Variable) und bestimmten Faktoren bzw. der Integration von Faktorengruppen herzustellen (unabhängige Variable) (East et al. 1978). Aus dem dritten Forschungsstrang in der Tradition der Sprouts resultierten wiederum zwei Linien: zum einen auf der Ebene der Entscheidungsträger mit Studien über die psychologische Dimension in der Außenpolitik (Holsti 1976), dem Einfluss von Denkbildern sowie der Rolle von (Fehl-)Perzeptionen in der internationalen Politik (Jervis 1976); zum anderen auf der Ebene von Gesellschaften mit Analysen zum Einfluss der öffentlichen Meinung vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges (z.B. Mueller 1973) und „nationalen Rollenkonzepten“ (u.a. Holsti 1970).

³ Zur Entwicklung der Teildisziplin „Internationale Beziehungen“ in der Bundesrepublik in den 1990er Jahren: Deitelhoff/Wolf 2009.

Tabelle 1: Die Gründergeneration der vergleichenden Außenpolitikanalyse

Gründergeneration	Forschungsfeld	Theoriestrang	Fortführung
James N. Rosenau 1966	Staatentypen	Vergleichende Außen- politikanalyse	Ereignisdatenanalyse Integrierte Erklärungsmodelle
Richard Snyder et al. 1954	Entscheidungs- systemtypen	Entscheidungs- prozessanalyse	Kleingruppenmodelle Bürokratiemodelle
Sprout/Sprout 1957	Perzeptionstypen	Entscheidungs- kontextanalyse	Individuelle Charakteristika Nationale Charakteristika

Die Hoffnungen dieser ersten Forschergeneration auf rasche Ergebnisse und generalisierbare Aussagen wurden schnell enttäuscht. In einem weithin rezipierten Forschungsüberblick stellte Smith (1986) fest, dass die vergleichende AP-Forschung zwar ständig neue empirische Ergebnisse hervorbringe. Diese könnten jedoch nicht in theoretisch fundierte Kausalaussagen umgemünzt werden: empirisch dichte Beschreibungen seien nicht hinreichend generalisierbar, quantitative Ereignisdatenanalysen seien nicht hinreichend kausal konzipiert (vgl. auch Caporaso/Herrman/Kegley 1987).

Mit dem Ende des *Ost-West-Konfliktes* trat die AP-Forschung deshalb in eine neue, vergleichsweise produktive Phase ein. Defizite in der Forschung trafen auf die Notwendigkeiten der Weltpolitik. Nur wenige Politikwissenschaftler hatten den Systembruch von 1989 antizipiert und weite Teile der Zunft stellten auch kein Instrumentarium dafür bereit zu erklären, wie es zu solchen Systemumbrüchen kommen konnte (Lebow/Risse-Kappen 1995). In der Außenpolitikforschung setzte deshalb zum einen die Suche nach akteursspezifischen Ansätzen ein, welche die zentrale Rolle von einzelnen Entscheidungsträgern wie Michail Gorbatschow in den Blick nahmen. Zum anderen begann die Suche nach ideenspezifischen Ansätzen, welche den Wandel von außenpolitischen Einstellungsmustern wie AP-Kulturen, *Identitäten* und *Rollen* und den damit verbundenen Zielen in den Mittelpunkt der Forschung rückten (Hudson 2008: 26f.).

Mit dem Umbruch von 1989 gerieten deshalb nicht nur die traditionell starken systemischen Erklärungsansätze des Neo-Realismus und Neo-Institutionalismus unter starken Rechtfertigungs- und Anpassungsdruck. Dies führte dazu, dass diese Ansätze fortan eine wachsende Anzahl subsystemischer und individueller Faktoren miteinbezogen. Die Außenpolitiken der aus dem kommunistischen Block hervorgegangenen neuen Staaten, nicht zuletzt die Außenpolitik des vereinigten Deutschland, brachte darüber hinaus eine

Vielzahl von komparativen Forschungsprojekten und neuen Analyseansätzen hervor, die seither das Feld der vergleichenden Außenpolitikforschung prägen.⁴

Neben der Veränderung der „Staatenpopulation“ – zu den jungen Transitionsstaaten traten im weiteren Verlauf auch eine größere Anzahl von „fragile or failed states“ hinzu – war es vor allem die Intensivierung des europäischen Einigungsprozesses, die wiederum eine große Zahl von Studien zur Erklärung des Außenverhaltens der veränderten Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten nach sich zog (anstatt vieler Wagner/Hellmann 2006; Larsen 2009).

Ein einheitliches Set an forschungsanleitenden Hypothesen ist aus dieser Hausse von Theorien, Ansätzen und auch wissenschaftstheoretischen Reflektionen verständlicherweise nicht entstanden. Vielmehr prägt eine gewisse Kakophonie (Vielstimmigkeit!) die vergleichende AP-Forschung auch am Beginn des 21. Jahrhunderts. Der verwirrte Student mag sich deshalb immer wieder den Brückenschlag zwischen vergleichender Regierungslehre und der Lehre von den internationalen Beziehungen als Bezugspunkt in Erinnerung rufen, um sich mit Hilfe von einfachen Systematiken (System/Subsystem/Individuum) oder prägenden Forschungslinien (Zerfaserung systemischer Ansätze; *Theorem des demokratischen Friedens*) eine erste eigene Schneise in das Dickicht zu schlagen.

3. Systemische Ansätze zur Außenpolitikanalyse

Systemische oder strukturelle Ansätze, wie der Neo-Realismus, zielen zuerst auf die Erklärung eines regelmäßigen Verhaltens bestimmter Staatentypen. Sie nehmen in der Regel nicht den Policy-Output einzelner Nationalstaaten in vergleichender Perspektive oder gar Einzelentscheidungen in den Blick.⁵ Entscheidend ist in diesen Ansätzen deshalb die Frage, wie die Beschaffenheit einer Struktur (z. B. die Machtverteilung zwischen Großmächten oder der Institutionalisierungsgrad in internationalen Organisationen) auf das Konflikt- (z. B. die Kriegshäufigkeit in einem Strukturtyp) oder Kooperationsverhalten (z. B. die

⁴ Die Außenpolitik des vereinten Deutschland ist in einer Vielzahl nationaler und internationaler Studien untersucht worden. Einen ersten kurzen Einstieg bei Harnisch 2002: 10f.

⁵ Kenneth Waltz (1996) und andere Theoretiker auf der systemischen Ebene haben deshalb für sich in Anspruch genommen, dass sie keine Außenpolitiktheorien formuliert hätten und deshalb ein von ihren Aussagen abweichendes Einzelverhalten von Staaten ihre Überlegungen nicht in Frage stellen könne.

Bereitschaft zur dauerhaften Souveränitätseinschränkung) von Staatengruppen oder aller Staaten wirkt.⁶

Die systemischen Ansätze haben tiefe historische Wurzeln. So haben viele Historiker unter dem Stichwort des „Primats der Außenpolitik“ (Leopold v. Ranke), angefangen bei *Thukydides*, argumentiert, dass das Außenverhalten vieler unterschiedlicher Gemeinwesen von der internationalen Umwelt entscheidend beeinflusst werde.⁷ Zwar sind diese älteren „Umweltansätze“ von den Strukturtheorien eines Kenneth Waltz oder Robert Keohane zu unterscheiden, weil bspw. die Sonderbeziehungen zwischen zwei Staaten (Israel und Deutschland) noch keinen „Struktureffekt“ eines Systems darstellen, welcher auf alle Staaten im System gleich oder ähnlich wirkt: Strukturell argumentierende Ansätze sind also nicht gleich Umweltansätze in der Außenpolitikforschung! Wir beginnen aber mit ihnen, nicht zuletzt weil sie über weite Strecken des Ost-West-Konfliktes das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitikforschung, insbesondere der praxisorientierten, dominiert haben.

3.1 Realistische AP-Ansätze und die Bedeutung von Anarchie und Macht

Eine (neo)realistische Außenpolitikanalyse beginnt mit der Grundannahme, dass die allgemeine Machtstruktur (*anarchische Ordnung*) und relative Machtverteilung (Anzahl der Machtpole und deren Größe) den größten Einfluss auf die Außenpolitik aller Staaten hat. Vorausgesetzt ein Gemeinwesen will zumindest sein Überleben sichern, so ist es angesichts einer fehlenden übergeordneten Regierung gezwungen, Selbsthilfe zu betreiben. Alle anderen möglichen außenpolitischen Ziele sind diesem Überlebensinteresse untergeordnet, so dass alternative außenpolitische Ziele und deren Verfolgung immer im Hinblick auf die relative Machtverteilung bewertet werden müssen.⁸

Die anarchische Struktur des internationalen Systems übt nach Waltz also eine strenge sozialisierende Wirkung auf die außenpolitische Strategie der Staaten aus: sie belohnt die, die den strukturellen Anreizen folgen und bestraft jene, die sich nicht hinreichend um die

⁶ Eine klassische systemische AP-Hypothese würde daher bspw. lauten: „in einem durch zwei Supermächte geprägten (also bipolaren) System wird der drittmächtige Staat sich immer mit der schwächeren Supermacht verbünden.“

⁷ Der griechische Historiker Thukydides (um 460 v.Chr. - nach 400 v.Chr.) meinte damit primär Stadtstaaten.

⁸ So stellt sich in einer realistischen Analyse von Handelspolitiken weniger die Frage, ob ein Staat einen Nutzen aus einer kooperativen Handelsvereinbarung hat, sondern welcher Akteur den größeren Nutzen davonträgt und so seine relative Machtstellung verbessern kann.

relative Gewinnverteilung kümmern (Waltz 1979: 106-107). Das Eigeninteresse, die Notwendigkeit der Gruppenerhalt zu sichern und die Fixierung auf Machtrelationen treibt die Staaten als wichtigste Akteure im internationalen System in eine grundsätzliche Mißtrauenshaltung gegenüber zwischenstaatlicher Kooperation (Wolforth 2008: 32-33). Denn, so Joseph Grieco (1990:28), einer der bekanntesten Realisten, „die Freunde von heute könnten schon morgen Feinde sein“!

Aus dieser konfliktiven Weltsicht resultiert ein Streben danach, ein möglichst großes Maß an Autonomie zu erreichen, d.h. Unabhängigkeit von der Unterstützung anderer Staaten. Dieses Autonomiestreben hat wichtige Effekte: Staaten, insbesondere jene, die wie Großmächte für ihre Sicherheit durch eigene Waffen Sorge tragen können, schrecken davor zurück, einen Teil ihrer Handlungsfreiheit (Souveränität) durch internationale Organisation einschränken zu lassen. Die abgeleitete Verhaltensannahme lautet: Großmächte werden nur solchen internationalen Organisationen beitreten, die sie dominieren können, d.h. im Vergleich liegt der Nutzen des Handelns in der Organisation höher als der Nutzen unilateralen Handelns.

Mächtetypen und außenpolitisches Verhalten

Groß- oder Supermächte handeln im Realismus also grundsätzlich eigensinnig und unilateral, gemeinsames Handeln dient der eigenen Ressourcenschonung, aber nicht deren Ersatz. Kleinere Staaten haben keine unilateralen Handlungsoptionen, um ihr Überleben zu sichern, es sei denn, sie verfügen über eine glaubhafte *nukleare Abschreckung*, die ihr Überleben sichert (Beispiel Israel). Kleinere Staaten müssen also militärisch koalieren, um die Machtdisparität gegenüber größeren Staaten, die grundsätzlich ihr Überleben bedrohen, auszugleichen. *Gegenmachtbildung* zur (Wieder)herstellung eines systemischen Gleichgewichts ist also das ständige außenpolitische Verhaltensmuster aller Staaten im anarchischen System: große Staaten betreiben interne Gegenmachtbildung (durch Rüstung), kleine Staaten durch Allianzbildung.

Realistische Allianztheorie

Kooperation findet im Realismus nur in der Sicherheitspolitik statt oder sie spiegelt den Willen eines machtpolitisch überlegenen Akteurs wider (sog. Theorem der hegemonialen Stabilität). Militärische Allianzen entstehen, wenn machtpolitisch unterlegene Staaten

sich gegen einen überlegenen Gegner zusammenschließen. Auch in der realistischen Allianztheorie bildet der relative Nutzen (*relative gains*) des Handelns den zentralen Erklärungsmechanismus: Nur wenn die Furcht vor dem Angriff des Gegners größer ist als die Furcht davor, dass der Partner aus der Kooperation mehr Nutzen zieht, und damit zum potentiellen Gegner wird, haben Allianzen Bestand (Snyder 1990: 106).

Sicherheitsinteressen und Autonomiestreben sind die zentralen Einflussgrößen einer realistischen Erklärung der Allianzpolitik von Staaten. Während die mächtigeren Staaten in einer Allianz fürchten, dass das Handeln ihrer schwächeren Partner sie in einen Krieg verwickelt (*fear of entrapment*), sorgen sich die schwächeren Partner darum, dass die mächtigeren Staaten ihre unilateralen Handlungsmöglichkeiten nutzen (*fear of abandonment*) (Snyder 1990: 113).

Die Konsequenz eines Überlebenstriebes von Staaten sollte eigentlich sein, dass Staaten sich immer der schwächeren Seite zuwenden, also *balancing* – Gegenmachtbildung betreiben. Waltz erklärt dies so:

„Secondary states, if they are free to choose, flock to the weaker side; for it is the stronger side that threatens them. In the weaker side, they are both more appreciated and safer, provided, of course, that the coalition they join achieves enough defensive or deterrent strength to dissuade adversaries from attacking” (Waltz 1979: 127).

Dieser Effekt ist aber nicht unumstritten im Realismus. Einige Autoren gehen davon aus, dass schwächere Staaten eher eine Politik der Bündnislosigkeit bevorzugen – um ihre Autonomie zu wahren und von der gegenseitigen Abschreckung der bestehenden Bündnisse zu profitieren (Labs 1992). Andere Realisten, und diese bilden eine Mehrheit, argumentieren, dass schwächere Staaten bei der Bündniswahl grundsätzlich den stärkeren Partner auswählen. Weil diese Staaten auf eine erfolgversprechende Allianz setzen, die gleichsam schon auf dem Weg ins Ziel ist, wird dieser Effekt als „*bandwagoning*“ bezeichnet.⁹ Stephen Walt hat hierzu folgender Verhaltenshypothese entwickelt: „The weaker the state, the more likely it is to bandwagoning rather than balance” (Walt 1987: 29). Er erklärt dies, indem er auf die wachsenden Kosten eines erfolglosen balancing von schwachen Staaten hinweist, denn deren Nutzen für schwächere Allianzen ist gering.

⁹ Auch die Verhaltenspsychologie und Ökonomik kennt diesen Effekt (manchmal als Mitläufersyndrom oder Herdentrieb gebrandmarkt): Je mehr Menschen sich in einer Gruppe der antizipierten Mehrheit anschließen, desto stärker wird der Druck auf die verbliebenen Mitglieder „sich einzureihen“.

Neoklassischer Realismus

Stephen Walt ist auch für eine weitere wichtige Innovation innerhalb des Realismus verantwortlich, denn er bricht Mitte der 1980er Jahre mit dem dominanten strukturellen Realismus und seiner *Balance-of-Power-Theorie* (BOP). Walt geht in der BOP ja davon aus, dass Staaten immer gegen den mächtigsten Staat balancieren. Walt argumentiert nun, dass das Allianzverhalten der westeuropäischen und anderer Staaten nach dem II. Weltkrieg so nicht zu erklären sei, weil sie sich der USA, dem ohne Zweifel mächtigsten Staat, anvertraut hätten (bandwagoning).

Walt entwickelt daher eine *Balance-of-threat Theorie* (BOT). Sie besagt, dass Staaten nicht gegen den mächtigsten Pol, sondern gegen den „bedrohlichsten Pol“ balancieren. Damit führt er - neben anderen Faktoren - das wichtige Moment der „Wahrnehmung“ mit in die Machtanalyse ein. Materielle Macht, Waffen, allein sind also nicht länger entscheidend für die realistische Allianzpolitikanalyse, sondern ob diese Waffen in den Händen eines bedrohlichen Staates liegen. Dieser kleine Schritt ist von immenser analytischer Tragweite, denn Wahrnehmungen sind kein systemischer Faktor mehr. Sie liegen auf der individuellen Ebene und damit nimmt der Realismus einen ersten Abschied von der systemischen Analyseebene.

Die Relativierung der systemischen Perspektive erfolgt durch eine Gruppe jüngerer US-amerikanischer Realisten, die als „Neoklassiker“ bezeichnet werden. Sie versuchen seit Beginn der 1990er Jahre die systemische Perspektive mit subsystemischen (Regierungssystem, Entscheidungsgruppenkonstellationen) und individuellen Faktoren zu verknüpfen (Lobell et al. 2009; Rathbun 2008; Schweller 2003). Diese „Aufweichung“ der systemischen Grundannahmen ist auf zahlreiche und erbitterte Kritik gestoßen (Legro/Moravcsik 1999) – von einer Degeneration des Realismus als Forschungsparadigma war die Rede (Vasquez 1997, Waltz 1997; Walt 1997).

Realistische Hypothesen zur Erklärung von Außen-Entwicklungspolitik (Infobox: Vergl. Hypothesenbildung)

Aus der realistischen Perspektive wird die Vergabe von *Entwicklungshilfe* von den strategischen Erwägungen des Geberstaates bestimmt. Im anarchischen Selbsthilfesystem der internationalen Politik müssen Staaten auch die *Entwicklungspolitik* nutzen, um ihre

Machtposition in der internationalen Rang- und Hackordnung zu verteidigen oder zu verbessern (Waltz 1979: 111). Dieser realistische Ansatz hat die Erklärung der Entwicklungszusammenarbeit (insbesondere der USA) während des Ost-West-Konfliktes dominiert (Huntington 1971; Morgenthau 1962). Er geht auch hier von einer geschlossen und rational handelnden Regierung aus. Streitigkeiten zwischen Ministerien kommen nicht vor. Alle Beteiligten ordnen ihre eigenen parochialen Interessen dem ‚nationalen Interesse‘ unter. Regierungen vergeben Entwicklungshilfe an jene Staaten, die dem eigenen Machterhalt durch ihre besondere geographische Lage gegenüber feindlichen Staaten (z. B. durch Stationierungsrechte) oder ihre Rohstoffausstattung (Zugang zu Öl- und Gasvorkommen) am besten dienen können (Betz/Matthies 1986: 248).

Aus dieser ‚realistischen‘ Perspektive ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Empfängerland allenfalls Mittel zum Zweck, niemals der Zweck der *Entwicklungszusammenarbeit* selbst. Neben der Höhe der Zahlungen wird auch die Art der Hilfe (bi- oder multilaterale Vergabemechanismen) und der Verwendungszweck (Budgethilfe, Infrastruktur, Waffenkäufe) durch die Machtrelevanz des Empfängerlandes für den Geberstaat bestimmt, sodass u. a. folgende Verhaltenshypothesen gebildet werden können:

- 1) Je höher die Machtrelevanz der Empfänger, desto höher die Vergabebereitschaft des Gebers.
- 2) Je wichtiger die Ressourcenausstattung des Empfängers für die relative Machtposition des Gebers, desto höher die Zahlungen für Infrastruktur und Extraktion der Ressourcen.

Um den Einfluss auf das Verhalten des Empfängers zu vergrößern, bevorzugen die Geberstaaten je nach eigener Machtposition bilaterale und sehr ungleiche Vergabearrangements: „The political effects of aid are lost if its foreign source is not obvious to the recipient“ (Morgenthau 1962: 308). Einzelpersonen und ministerielle Bürokratien waren auch aus realistischer Sicht nie ganz irrelevant. Für die frühen Nachkriegsrealisten, Morgenthau und Kissinger, waren Staatsmänner die zentralen Akteure. Ihnen kam in der Entwicklungspolitik, wie in anderen Politikbereichen die wichtige Aufgabe zu, die Gesetze der Macht- und Gleichgewichtspolitik zu erkennen und das nationale Interesse gegen wirtschaftliche, institutionelle und ethische Erwägungen in der öffentlichen Meinung und unter den wirtschaftlichen und bürokratischen Eliten zu verteidigen (Morgenthau 1960: 220-223; 248-259; Morgenthau 1962: 309; Kissinger 1957:324-330).

3.2 Institutionalistische AP-Ansätze und die Bedeutung von Profit und Information

Institutionalistische Ansätze der Internationalen Beziehungen bieten kein breites Erklärungsangebot für die Außenpolitik von Staaten. Als Teil der Familie der „liberalen Theorien der IB“ haben sie diesen Bereich weitgehend an die unterschiedlichen Spielarten des Liberalismus auf subsystemischer Ebene abgetreten (vgl. Abschnitt 4). Gleichwohl bilden die unterschiedlichen Institutionismen – der rationale, der soziologische und der historische Institutionalismus¹⁰ – einen wichtigen Fundus an erklärenden Aussagen über das Verhalten von Staaten in internationalen Organisationen, bei deren Gründung oder bei deren Aufkündigung (Carlsnaes 2002: 337). Sie werden hier deshalb kurz im Hinblick auf ihr policy-relevantes Erklärungspotential charakterisiert.

Ausgangspunkt institutionalistischer Theorien ist die Annahme, ebenso wie im Realismus, dass Staaten die wichtigsten Akteure in den IB sind und diese in einem anarchischen Umfeld leben. *Internationale Institutionen*¹¹ bilden den Willen ihrer Mitglieder ab, die sich ihrer instrumentell bedienen, um ihre Interessen durchzusetzen. Im Gegensatz zum Realismus gehen Institutionisten aber davon aus, dass Institutionen helfen können, die systemischen Effekte des anarchischen Systems zu lindern, indem sie Verhaltenserwartbarkeit für ihre Mitglieder schaffen.

Mit Institutionenbildung reagieren Staaten auf „komplexe Interdependenzen“. Dies sind Situationen, in denen Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen nachhaltig vom Verhalten anderer Akteure (meist Staaten) abhängig sind. Interdependenzen lassen sich als unterschiedlich ausgeprägte „Handlungsdilemmata“ begreifen, deren Kosten mit Hilfe von Institutionen sichtbar gemacht, gesenkt und gerecht verteilt werden können. Denn Institutionen (bspw. gemeinsame unabhängige Überwachungsorgane) helfen ihren Mitgliedern, indem sie 1) einen Verhandlungsrahmen bereitstellen, 2) eine genaue und festge-

¹⁰ Die Wirkung von Institutionen wird in diesen drei Institutionismen durchaus unterschiedlich und kontrovers konzipiert. Darauf kann hier nicht eingegangen werden, vgl. aber für einen ersten guten Überblick Overhaus/Schieder 2010.

¹¹ Eng aufgefasst werden int. Institutionen als „formale Arrangements“, weiter gefasst als „informelle Muster und Regelsysteme, in die Akteure wie Individuen, Organisationen oder Staaten eingebettet sind und die damit deren Verhalten beeinflussen“, bezeichnet. Die Definitionen von Douglas North und Peter Hall zitiert nach Thelen/Steinmo 1992: 2-3.

schriebene Definition von Kooperation ermöglichen; 3) eine Themenverknüpfung erlauben und 4) legitime Sanktionsmöglichkeiten bei Fehlverhalten bereithalten (Keohane/Martin 2003:80).

Bei der Schaffung von Institutionen ist deren Design abhängig von der Art des kollektiven Handlungsproblems und der Bereitschaft der Mitglieder, durch *pooling* oder *delegation* substanzielle Kooperationsgewinne zu schaffen bzw. auf Dauer sicherzustellen. Kurz gesagt werden die Regeln und Überwachungsmöglichkeiten der Institution strenger, je größer die Sorge der wichtigsten Mitglieder ist, dass sich die Mitglieder nicht an die Regeln halten. So lässt sich bspw. erklären, warum und welche Regelverschärfungen die Bundesrepublik bei der Gewährung weiterer Finanzmittel für den Euro-Rettungsfonds (EFSF) gefordert hat.

Bei der Beendigung von Institutionen spielen die Interessen der führenden Mitglieder wieder die zentrale Rolle. Institutionen „sterben“, wenn deren Aufgaben entweder erfüllt sind oder durch andere rivalisierende Institutionen übernommen wurden. Prinzipiell gilt jedoch, dass Staaten an bestehenden Institutionen lange festhalten, weil die Kosten der Etablierung, der Mehrwert eingespielter Prozedere, das Eigeninteresse der institutionellen Bürokratie sowie die Übertragbarkeit von neuen Aufgaben alle für eine Aufrechterhaltung statt für eine Neugründung sprechen.

Für die vergleichende Außenpolitikforschung lassen sich aus diesem Theoriestrang der internationalen Beziehungen folgende Verhaltenshypothesen ableiten:

- 1) Je stärker ein Staat von internationalen Interdependenzen betroffen ist, desto wahrscheinlicher wird er bei der Gründung von Institutionen mitwirken.
- 2) Je stärker ein Staat in internationale Institutionen eingebunden ist, desto kooperativer ist sein Außenverhalten.
- 3) Kleine Staaten werden stärker als große Staaten bereit sein, Institutionen mit weitreichenden Handlungskompetenzen, i.e. Souveränitätstransfer, auszustatten, weil ihre eigenen Mittel zur Überwachung und Regeldurchsetzung gering sind.

4. Subsystemische Ansätze zur Außenpolitikanalyse

Die Mehrzahl der vergleichenden Außenpolitikanalysen hat ihre analytischen Wurzeln auf der subsystemischen Ebene.¹² Diese sollten deshalb nochmals in Studien über Eigenschaften des Gemeinwesens, über das Verhältnis zwischen politischem System und Gesellschaft und die Entscheidungsprozesse innerhalb des politischen Systems unterteilt werden können. Alle drei subsystemischen Stränge sind mittlerweile fest in der *Comparative Policy Analysis* (CPA) etabliert. Historisch betrachtet aber war die Staatenmerkmalsforschung die Vorreiterin der modernen Außenpolitikanalyse, gefolgt von Untersuchungen zum Verhältnis von Gesellschaft und politischem System. Die Entscheidungsprozessanalyse ist eine jüngere Entwicklung seit den 1950er Jahren, auch wenn sie maßgeblich für die Etablierung einer eigenständigen Teildisziplin Außenpolitikanalyse verantwortlich war.

4.1 Eigenschaften von Gemeinwesen

Die Analyse der Eigenschaften von Gemeinwesen, jener Charakteristika, die dem gesamten Staat ohne Berücksichtigung der Umwelt zugeschrieben werden können, geht ideengeschichtlich neben *Kant*, *Hobson* und *Schumpeter* auch auf viele traditionell als „Realisten“ bezeichnete Theoretiker, wie *Thukydides* und *Machiavelli*, zurück. Gemeinsam ist diesem Forschungsstrang, dass dem Regierungssystem, der Geographie, dem Entwicklungsstand oder den in einem Gemeinwesen vorherrschenden politischen Einstellungen die entscheidende Erklärungskraft für die Außenpolitik zugerechnet wird (Rosenau 1966). So ging Kant bspw. davon aus, dass Republiken friedfertiger seien als Monarchien, während Schumpeter argumentierte, dass ein kapitalistisches Wirtschaftssystem die Friedfertigkeit im Außenverhalten bedinge (Doyle 2008: 60-61).

Die erste Welle der vergleichenden Forschung der 1970er Jahre in diesem Bereich führte zu dem ernüchternden Ergebnis, dass nur zwei Merkmale auffällige Befunde erzielten: das jeweilige Regierungssystem und die vorherrschende politische Kultur eines Landes korrelieren mit bestimmten AP-Mustern. In den 1980er Jahren entwickelte sich daraufhin aber eine sehr dynamische Forschung: zum einen zum Nexus zwischen dem Regierungssystem und dem Außenverhalten demokratischer Staaten; zum anderen zur Wirkung kol-

¹² Einige Autoren (Hudson/Vore 1995) reduzieren die CPA sogar gänzlich auf subsystemische Erklärungsansätze.

lektiv geteilter Einstellungen von Gesellschaften und der jeweiligen staatlichen Außenpolitik.

Demokratische Regierung: besondere Außenpolitik?

Dass Demokratien keine Kriege gegen andere Demokratien führen, gilt als eines der wenigen „Gesetze“ der Lehre von den Internationalen Beziehungen (Levy 1989: 270). Gilt diese Besonderheit der Interaktion zwischen Demokratien, aber auch für die Außenpolitik einer Demokratie generell? Sind Demokratien grundsätzlich friedliebender? Die Forschung zum sog. Theorem des Demokratischen Friedens sagt eindeutig „Nein“. Vielmehr besteht eine Doppelbefund: Demokratien führen keine Kriege gegen andere Demokratien, sie sind aber nicht weniger gewalttätig gegenüber anderen Regimetypen als nicht-demokratische Regime (Geis 2001).

Die vergleichende Sicherheitspolitikforschung hat sodann die Frage aufgegriffen, ob das Gewaltverhalten von Demokratien (oder unterschiedlichen demokratischen Subtypen) Besonderheiten aufweist (Geis 2006 et al.; Geis/Wagner 2011). In Anlehnung an Kants berühmtes Diktum, dass die Bürgerschaft einer Republik „sich sehr bedenken werde“ bevor sie „ein so schlimmes Spiel anzufangen“ gedenke (Kant 1984 [1795]: 12f.), hat sich die Forschung intensiv mit der sog. „Opferaversität“ von Demokratien beschäftigt.

An dem Terminus „Opferaversität“ lässt sich gut zeigen, dass sich institutionelle und kulturelle Argumente als Eigenschaften von demokratischen Gemeinwesen überschneiden oder ergänzen können. Denn zum einen lässt sich „Opferaversität“ damit begründen, dass in Demokratien (zumindest mit Wehrpflicht) die betroffenen Soldaten, ihre Familien und Angehörigen sowie die Steuerzahler selbst über das Parlament an der Einsatzentscheidung teilhaben dürfen während das in Autokratien oft nicht der Fall ist (Kantianisches Argument!). Zum anderen lässt sich institutionalistisch argumentieren, dass der oft lange Zeitraum der Mobilisierung und Entscheidungsfindung in Demokratien für diplomatische Verhandlungen genutzt werden kann (Russett 1993: 39).

Hinzu können kulturelle Argumente treten. So hat Stephen Watts in einer Untersuchung von Luftwaffeneinsätzen zur Opfervermeidung (2008) festgestellt, dass Demokratien eine eindeutige Opferhierarchie in ihrer Luftkriegsführung verfolgen: sie versuchen die Verluste unter eigenen Soldaten und Zivilisten zu vermeiden, selbst wenn diese höhere Verluste unter feindlichen Truppen und Zivilisten verursachen.

Christopher Gelpi, Peter Feaver und Jason Reifler (2009) relativieren sogleich das „Opferaversitätsargument am Beispiel der US-Interventionspolitik. Demokratische Bürger, zumindest jene in der amerikanischen Demokratie, seien nicht prinzipiell „opferavers“. Sie seien durchaus bereit, menschliche Verluste unter den eigenen Soldaten hinzunehmen. Dies gelte aber nur solange sie vom letztendlichen Erfolg der jeweiligen Militäroperation überzeugt seien. Ihr Ergebnis: Es besteht eine demokratische „Niederlageaversität“, aber keine übergreifende Opferaversität.

Dass Demokratien überdurchschnittlich häufig gewalttätige Auseinandersetzungen „gewinnen“, ganz gleich ob sie sie beginnen oder sie ihnen aufgezwungen werden, hat David Lake in seinem bahnbrechenden Artikel „Powerful Pacifists“ (1992) etabliert. Lake erklärte diesen Befund mit dem institutionalistischen Argument, dass Demokratien weniger ökonomische Fehlallokation als Autokratien erzeugten - durch fehlendes „rent-seeking“ demokratischer Eliten - und sie deshalb (a) mit mehr Ressourcen ausgestattet sind, (b) mehr Unterstützung durch Gesellschaft erhalten und deshalb (c) überlegene Allianzen bilden könnten.

Im Anschluß an David Lake haben Bueno de Mesquita et al. (1999; 2005) dann das politik-ökonomische Konzept des *Selektorats* entwickelt. Es geht davon aus, dass demokratische Regierungen immer auf einen ungleich größeren Teil der Wahlbevölkerung (*winning coalition*) bei ihren Politikentscheidungen Rücksicht nehmen müssen als autokratische. Demokratische Regierungen streben deshalb regelmäßig die Produktion öffentlicher, autokratische hingegen die Produktion privater Güter an. *Autokratische Regierungen* handeln zugunsten einer kleinen winning coalition innerhalb eines kleinen Selektorats, gewöhnlich eine zahlenmäßig geringe Clique, die für ihren Herrschaftserhalt zentral ist (Militär, Parteikader etc.). Bueno de Mesquita et al. schließen nun, dass der Zwang nur jene gewalttätigen Konflikte auszutragen, die unbedingt nötig sind und die auch sicher gewonnen werden können, bei Demokratien viel stärker ausgeprägt ist und sie deshalb militärisch erfolgreicher sind.

Demokratien gewinnen vier von fünf Kriegen, in die sie verwickelt sind: sie setzen regelmäßig eine größere Zahl von Truppen in einem kürzeren Zeitraum mit weniger Verlusten ein als andere Regimetypen (Siverson 1995; Bennett/Stam 1996; Reiter/Stam 1998; Gelpi/Griesdorf 2001). Ob dies nur an einer besseren Selektion der „gewinnbaren Konflikte“ liegt (Selektionseffekt-These) oder ob Demokratien ihre Soldaten besser ausbilden, ob

diese besser motiviert sind, weil sie für die „eigene Sache“ kämpfen oder gar demokratische Militärkulturen überlegen sind, weil sie Individualität und Kreativität auch auf unterer Kommandoebene zulassen, ist umstritten (Reiter/Stam 2002 vs. Desch 2008).

Eine weitere Besonderheit demokratischen Außenverhaltens ist die starke Teilhabe in internationalen Organisationen und ihre generell hohe Vertragstreue. Ausgangspunkt der Erklärung für dieses Phänomen ist entweder die ausgeprägte Fähigkeit von Demokratien zuverlässige Informationen zu generieren und Signale zu senden. Meinungsfreiheit und das parlamentarische Ratifikationserfordernis in wichtigen Fragen (Gewalteinsetz, Allianzen und Verträge) zeigen Freund und Feind gleichermaßen, wie sich eine Demokratie auch in Zukunft (z.B. nach einem Regierungswechsel) verhalten wird (Fearon 1994; Schultz 1998, Martin 2000; Leeds 2003; Lipson 2003).

Die Verlässlichkeit von Demokratien, ihre militärische Überlegenheit und ihre Bereitschaft universelle Normen zu vertreten und durchsetzen, führen aber möglicherweise auch zu besonderen unintendierten Konsequenzen demokratischer Interventionspolitik. Die Vertreter der sog. *“Moral Hazard”*-These nehmen an, dass hohe moralische Standards und Kampfkraft auf Seiten von Demokratien dazu führen (könnten), dass unterlegene Rebellen Gruppen bewußt riskante Eskalationen in Konflikten mit überlegenen Regierungen herbeiführen, weil sie sich eines „Versicherungseffektes“ – Demokratien werden durch Massaker und moralische Interdependenzen zur Intervention gleichsam „gezwungen“ – gewiss sein können. Gleiches gelte für die Verlängerung von Konflikten: bestehe weiterhin die Aussicht auf eine demokratische Intervention, so schwinde die Bereitschaft der unterlegenen Partei zum Kompromiß (Crawford/Kuperman 2006; Kuperman 2008, Rauchhaus 2009).

Diese Moral-Hazard-Hypothese ist auf erbitterten Widerstand gestoßen – nicht zuletzt weil sie den paradoxen Vorwurf beinhaltet, dass diejenigen Demokratien, die durch Interventionen Völkermorde abwenden wollen, diesen eher verursachen und verlängern (Bellamy/Williams 2011). Gleichwohl lässt sich für einige Interventionsfälle (insbesondere Kosovo) empirisch eindeutig zeigen, dass westliche Interventionsrhetoriken es unterlegenen Konfliktparteien „ermöglichen“, eine militärische Eskalation als „sinnvoll/erfolgversprechend“ zu erachten (Harnisch/Stahl 2009: 287).

4.2 Verhältnis Gesellschaft – politisches System

Die Bedeutung gesellschaftlicher *Interessen und Präferenzen* für die Außenpolitik eines Staates steht von jeher im Zentrum der vergleichenden (Außen)Politikforschung (Müller/Risse-Kappen 1990). Zunächst wurden einfache Dichotomien benutzt, die starke Staaten (mit schwachem gesellschaftlichen Einfluss), wie Frankreich, von schwachen Staaten (mit starken gesellschaftlichen Kräften), wie den USA, voneinander unterschieden (Katzenstein 1976; Risse-Kappen 1991). Später kamen differenziertere Konzepte hinzu, die strukturelle und situative Faktoren identifizierten, die den Einfluß der Gesellschaft, oder einzelner ihrer Teile (Mehrheiten in der öffentlichen Meinung, Interessengruppen) verstärken bzw. schwächen: zu den strukturellen Faktoren zählen u.a. die Stärke parteipolitischer Affiliationen, Ratifikationserfordernisse sowie die Struktur der außenpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung; zu den situativen Faktoren zählen die Betroffenheit von Interessengruppen sowie deren relative Stärke, die Abwesenheit eines Elitenkonsenses sowie die Salienz außenpolitischer Themen bei Wahlen (Müller/Risse-Kappen 1990: 382-388).

Ein besonders produktiver Forschungsstrang hat sich im Bereich der vergleichenden Außenhandels- und Außenwährungspolitik für den Faktor Betroffenheit von Interessengruppen entwickelt. Grundsätzlich gilt, dass diejenigen Unternehmen und Arbeitnehmer aus exportorientierten Sektoren, die auf internationalen Märkten konkurrenzfähig sind, sich für eine Freihandelspolitik, multilaterale Arrangements und verbindliche Institutionen einsetzen. Im Gegensatz dazu setzen sich Unternehmen und Arbeitnehmer aus Sektoren, deren Produkte im Ausland preiswerter hergestellt werden können, für eine protektionistische Außenhandelspolitik ein (Milner 1988; Rogowski 1989) (vgl. das Kapitel von Stefanie Walter).

Den wichtigsten Erklärungsansatz zum Verhältnis Gesellschaft-politisches System hat der amerikanische Politikwissenschaftler Andrew Moravcsik entwickelt. Neben einer integrierten liberalen Theorie der Außenpolitik beinhaltet Moravcsiks dreistufiges Theoriegebäude auch eine Theorie der (europäischen) Integration, sie wird liberaler Intergouver-

nementalismus genannt, sowie eine Theorie über Konflikt und Kooperation in den internationalen Beziehungen.¹³

Die zentralen Akteure in Moravcsiks Erklärungsansatz sind Individuen bzw. gesellschaftliche Gruppen, die rational und risikoavers ihre Interessen unter den Bedingungen von Ressourcenknappheit, widerstreitenden Werten und unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten durchzusetzen versuchen (Moravcsik 1997: 516). Aus dieser Perspektive repräsentieren Regierungen immer nur den Teil der gesellschaftlichen Interessen, der sich im innenpolitischen Machtkampf durchsetzen kann. Diese Interessen ziehen sie zur Formulierung von nationalen Präferenzordnungen heran und verfolgen sie durchgängig in ihren jeweiligen Außenpolitiken (ibid.: 518). Welche Interessen sich aus welchen Gründen in einer bestimmten Situation durchsetzen und so die Außenpolitik von Staaten bestimmen, bleibt allerdings auch bei Moravcsik offen. Trotz der sinnvollen Unterscheidung von Moravcsik zwischen dem ideellen, dem kommerziellen und dem republikanischen Liberalismus, die jeweils unterschiedliche Aspekte der binnenstaatlichen Interessengruppenformationen beleuchten, bleibt ungeklärt, wie genau diese drei Stränge in der Erklärung einer konkreten außenpolitischen Entscheidung zusammenwirken.¹⁴

Eine weitere Variante der liberalen AP-Analyse ist der Zwei-Ebenen-Ansatz von Robert Putnam (1988). Er ist insofern ein Sonderfall als er sich ausschließlich auf außenpolitische Entscheidungsfindung im Falle internationaler Vertragsabschlüsse bezieht. Zentral für die Zwei-Ebenen-Politik ist die Annahme, dass Entscheidungsträgern bzw. Regierungen in Verhandlungsprozessen die Rolle eines Mediators zukommt (Putnam 1988: 431), der zwischen divergierenden Anforderungen aus dem externen Umfeld und der Innenpolitik vermittelt. Diese spielen also gleichzeitig an zwei Tischen.

Der liberale Kern dieser Annahme steckt in der Prämisse, dass außenpolitische Entscheidungsträger innerstaatliche Interessen repräsentieren und auch über institutionelle Arrangements, in diesem Fall den Ratifikationsprozess für internationale Verträge, an diese rückgebunden sind. Die Bindung der Entscheidungsträger geht aber nicht soweit, dass die

¹³ Dieser gesamte Theoriekorpus kann hier nicht näher behandelt werden: vgl. einführend Moravcsik 2008 sowie Schieder 2010.

¹⁴ Der ideelle Liberalismus stellt die Auseinandersetzung um soziale Werte und Verteilung öffentlicher Güter in den Vordergrund, während der kommerzielle die Auswirkungen von transnationalen Wirtschaftskontakten auf Gewinn- und Verlusterwartungen von gesellschaftlichen Akteuren betrachtet. Der republikanische Liberalismus schließlich setzt sich mit dem binnenstaatlichen Aufbau der Interessenvermittlung und dessen Auswirkungen auf das außenpolitische Verhalten auseinander, vgl. Moravcsik 1997: 524-533; zum republikanischen Liberalismus insbes. Moravcsik 2005.

Regierungen völlig abhängig von innerstaatlichen Interessen sind. Vielmehr können sie die jeweiligen Anforderungen manipulieren, um für sich selbst Verhandlungsspielräume zu eröffnen (Putnam 1988: 452). Dabei können die Entscheidungsträger die Summe aller innenpolitisch ratifizierbaren Entscheidungen (*win-set*) vergrößern, indem sie die (starre) Haltung ihrer internationalen Verhandlungspartner und ein mögliches Scheitern der Verhandlungen gegenüber der eigenen Gesellschaft ins Feld führen. Ebenso können sie aber auch die Position ihres Verhandlungspartners verändern, indem sie auf die mangelnden Chancen für eine Ratifizierung im Inland hinweisen.

Die Stärke der Metapher vom *Zwei-Ebenen-Spiel* ist aus theoretischer Sicht auch ihre größte Schwäche. Es bleibt unbestimmt, wann wer wen manipuliert bzw. manipulieren kann. Denn erst nachdem bestimmte Interessen von außen (exogen) vorgegeben wurden, lassen sich mögliche Verhandlungspositionen und Verläufe simulieren bzw. erklären. So hat die weitere Forschung an beiden Enden des Kausalpfades angesetzt, um dieses Defizit zu lindern: auf der internationalen Ebene durch die nähere Spezifizierung der Verhandlungskonstellation (Zangl 1999); auf der nationalen Ebene durch die Erforschung der Salienz außenpolitischer Themen für Wahlentscheidungen (Oppermann 2008).

Liberalen Hypothesen zur Erklärung von Außen-Entwicklungspolitik (Infobox: Vergl. Hypothesenbildung)

Im Liberalismus wird die Vergabe von Entwicklungshilfe von den wirtschaftlichen oder politischen Eigeninteressen der Geberländer bestimmt (Bodemer 1985: 301). Zwar befinden sich die Staaten nicht in einem unaufhörlichen Machtkampf wie im Realismus. Sie stehen aber in einem wirtschaftlichen und ideellen Wettbewerb, so dass die Geberstaaten danach streben, ihre handelspolitische Position – durch die Erschließung neuer Absatzmärkte für heimische Produkte oder Produktionsstandorte – zu stärken (McKinlay/Little 1979: 241) oder ihr Eigeninteresse an der Durchsetzung politischer Ziele zu verfolgen – z. B. durch eine entsprechende Stimmabgabe der Empfänger in der UN-Generalversammlung (Nunnenkamp/Öhler 2009).

Im Liberalismus sind die Motive der Geberstaaten nicht die der Regierenden selbst. Diese stammen aus der Mitte der Gesellschaft (s.o.). Koloniale Abhängigkeiten und Tauschbeziehungen können deshalb eine wichtige Rolle bei der Vergabe von Entwicklungshilfe

spielen, auch wenn strategische Interessen oder humanitäre Verantwortung gegen sie sprechen würden.

Der Zusammenhang zwischen den Motiven und der Höhe und Ausprägung der Hilfe wird im Liberalismus folgendermaßen konzipiert:

1. Je größer die handelspolitische Bedeutung oder je größer der ideelle Gewinn durch die Unterstützung des Empfängerlandes, desto höher fallen die Leistungen aus.

Ebenfalls gilt:

2. Je stärker ein Geberland regional handelspolitisch integriert ist (wie bspw. in der EU), desto höher wird der multilaterale Anteil an der Gesamthilfe sein.

In einer liberalen Erklärung können Einzelpersonen, Interessenverbände, Parteien und Bürokrationen eine entscheidende Rolle spielen, denn sie können beeinflussen, welche gesellschaftlichen Interessen die EP maßgeblich bestimmen (republikanischer Liberalismus).

In der liberalen Außen-Entwicklungspolitikforschung ist deshalb vor allem die sog. Partei-
enhypothese untersucht worden.¹⁵ Danach haben linke und rechte Parteien nicht nur deutlich unterscheidbare Entwicklungskonzepte: Erstere befürworten Entwicklungshilfe deutlich stärker (Thérien 2002: 450). Regierungen mit Beteiligung linker Parteien konzentrieren ihre Hilfe regelmäßig auch auf weniger Staaten (Breuning/Ishiyama 2003). Ob diese Parteiendifferenz sich auch auf andere Vergabemuster, bspw. den Anteil bi- und multilateraler Hilfe, erstreckt, wurde bislang nicht systematisch analysiert.

4.3 Entscheidungsprozessanalysen

In der Tradition von Snyder et al. (1954) gehen Entscheidungsprozessanalysen davon aus, dass Regierungsapparate regelmäßig routinierte Entscheidungsverfahren, sog. Standard Operating Procedures, entwickeln, um Effizienz- und Effektivitätsgewinne zu erzielen.¹⁶ Maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung dieses Forschungsstranges übt nach wie vor Graham T. Allison (1971) mit seiner vergleichenden Studie zur US-Entscheidungsfindung in der Kubakrise aus.

¹⁵ Vgl. aber die Untersuchung von Carey (2007), die bürokratische Pfadabhängigkeiten in wichtigen europäischen Geberländern für die mangelnde Berücksichtigung menschenrechtspolitischer Ziele in der EZ verantwortlich macht.

¹⁶ Die ideengeschichtlichen Wurzeln dieses Forschungsstranges reichen im 20. Jh. bis auf Max Webers Analysen zu den Effekten bürokratischer Organisationsformen zurück, vgl. Weber 1972.

Allison erklärt das US-Verhalten anhand dreier Erklärungsansätze: 1) eines traditionellen rationalen Akteursansatzes, der von der Regierung als einheitlichem und rationalem Akteur ausgeht; 2) eines Organisationshandlungsansatzes, der die Auswahl und Befolgung von Routineverfahren, in den Mittelpunkt der Analyse stellt und 3) eines Bürokratiepolitikmodells (BPM) (später auch Governmental politics-Ansatz genannt), der das Eigeninteresse der beteiligten Bürokratien und die Aushandlungsprozesse zwischen ihnen zur Erklärung kompromißgetriebenen Entscheidungen heranzieht (Allison 1969, 1971; Halperin 1974; Allison/Zelikow 1999; Halperin/Clapp 2006).

Im Zentrum der primär auf den US-Entscheidungsprozess konzentrierten Forschung stand die Annahme, dass viele außenpolitische Entscheidungen auf einen Kompromiß zwischen den beteiligten Bürokratien zurückgehen, deren Vertreter das Eigeninteresse der Bürokratie (Kompetenzerhalt, Machtausbau etc.) systematisch vor ein gemeinsames „nationales Interesse“ stellen. Ausgangspunkt der Argumentationskette ist der Aphorismus: „Your stand depends on where you sit“.¹⁷ Sie wird von der „Bargaining-These“ – die Bürokratien handeln einen Kompromiß aus, und der „Resultant-These“ ergänzt: der Kompromiß spiegelt nicht ein nationales Interesse, sondern einen für das Gemeinwesen suboptimalen, oft paradoxen, Kompromiß wider.

Die Kritik und Fortentwicklung des BPM setzt an diesen drei Strukturkomponenten des Erklärungspfades an: zum einen führten die Kritiker an, dass das Modell nur unzureichend zwischen organisatorischen Einflüssen (Wie stark sind einzelne Entscheidungsträger in die Organisationskultur hineinsozialisiert?) und akteursspezifischen Einflüssen (Wie stark werden Entscheidungsträger durch Wiederwahl oder Politikpräferenzen motiviert?) zu unterscheiden vermöge (Smith 1980). Zum anderen wurde kritisiert, dass Allison den kompetitiven Charakter der Verhandlungen zwischen den Bürokratien übertrieben habe, so dass Entscheidungsprozesse im Konsensverfahren oder durch Überzeugungsarbeit nicht hinreichend Beachtung fänden (Krasner 1972; Art 1973; Kaarbo/Gruenfeldt 1998). Schließlich sei auch die Resultant-Hypothese zu hinterfragen, denn sie unterstelle einen unintendierten Effekt, wo tatsächlich intentionale Prozesse (Konsensfindung) am Werke gewesen sein könnten.

Der Verweis auf die Konfliktstruktur zwischen Regierungsorganen reicht noch nicht aus, um außenpolitische Entscheidungen zu verstehen. So argumentieren die Vertreter des

¹⁷ Frei übersetzt: „Die Position, die Du vertrittst, geht auf die Bürokratie zurück, aus der Du stammst.“

„Groupthink“-Ansatzes, dass die sozialpsychologischen Dynamiken innerhalb von Entscheidungsträgergruppen deren Verhandlungsergebnisse maßgeblich beeinflussen. Am Beginn steht die Beobachtung von Irving Janis (1972), dass Entscheidungsgruppen, welche unter großem Stress, mit großer Ambiguität, Unsicherheit und Risiken belastete Entscheidungen mit erheblichen Auswirkungen treffen müssen, dazu neigen, eine auf Furcht basierende Entscheidungsdynamik zu entwickeln (Hudson 2007:67).

Kausalanalytisch gehen die Gruppenanalytiker davon aus, dass Kleingruppen mindestens immer zwei Ziele verfolgen: zum einen, das Ziel zu erreichen, zu dessen Zweck die Gruppe eingerichtet wurde und zum anderen, die Gruppe insgesamt zu erhalten. Das Argument lautet, dass diese Ziele sich nicht widersprechen müssen, es aber oft tun, weil Meinungspluralismus, Kritik und Opposition, die zur Erreichung des ersten Zieles notwendig sind, dem zweiten Ziel zu widersprechen scheinen. Daraus folgt oft (aber nicht immer), dass die Gruppe und/oder einzelne Mitglieder ihre Problemwahrnehmung, Handlungsabwägung und ihr Verhalten auf den antizipierten Gruppenkonsens ausrichten, um soziale Ausgrenzung bzw. den Zerfall der Gruppe zu verhindern (t'Hart et al. 1997).

Groupthink kann erhebliche Folgen für die „Qualität“ außenpolitischer Entscheidungen haben: zum einen hat die Forschung gezeigt, dass Gruppendynamiken die Bewertungs- und Entscheidungsstandards innerhalb der Gruppe absenken. Zum anderen geht diese Entwicklung oft mit einer Selbstüberschätzung der Gruppe und ihrer Mitglieder gegenüber Nicht-Gruppenmitgliedern einher. Diese werden abgewertet, oft entwürdigt und die Gruppe beginnt riskante Entscheidungen zu treffen, die jedes einzelne Mitglied allein nicht treffen würde (Houghton 2010). Insbesondere die neuere Forschung zielt darauf ab, diese Gruppendynamik mit der Untersuchung individueller psychologischer Eigenschaften zentraler Entscheidungsträger zu verknüpfen, auch um praktikable Vorschläge zur Vermeidung (z.B. durch unabhängige alternative Entscheidungsgruppen) dieser Effekte vorlegen zu können (Kowert 2002; Schafer/Nunley/Chritchlow 2011).

5. Außenpolitikerklärungsansätze auf der Ebene des Individuums

Die genannten subsystemischen Modelle werden der Realität des außenpolitischen Prozesses nicht gerecht, wenn sie nicht das Individuum als zentrale Instanz zur Informationsaufnahme und Weiterverarbeitung konzeptionell miteinbeziehen. In der Tradition der Sprouts u.a. Sozialpsychologen entwickelte sich in der vergleichenden Außenpolitikfor-

sung rasch eine große Anzahl von Untersuchungen, die die individuellen Wahrnehmungsmuster und persönlichen Verarbeitungsprozesse in den Blick nahmen (Holsti 1976). Robert Jervis (1976) kommt mit seiner Studie „Perception and Misperception in International Politics“ das Verdienst zu, die breitere Forschergemeinde für die Eigenheiten der menschlichen Wahrnehmung sensibilisiert zu haben. Dabei machte sich Jervis auch die Ergebnisse der psychologischen Forschung zur kognitiven Konsistenz und Attribution für die Erklärung außenpolitischer (Fehl)Entscheidungen zunutze. Einerseits, so Jervis, neigten auch Entscheidungsträger dazu, ihrem Gegenüber ein plan- und absichtsvolles Verhalten zu unterstellen, selbst wenn dies nicht plausibel erscheine. Andererseits neigen auch Entscheidungsträger dazu, ihren eigenen Einfluss auf das Handeln anderer systematisch zu überschätzen, wenn dies zum gewünschten Ergebnis führte, und zu unterschätzen, wenn das gewünschte Verhalten ausbleibt.

5.1 Welt- und Denkbildanalysen: kognitive Konsistenz, politische (In)Kompetenz?

Im Zentrum der kognitiven Außenpolitikforschung steht der „Operational Code“-Ansatz von Alexander George. Er untersucht Einstellungsmuster von Individuen oder Gruppen zum Politischen, die einerseits das Wesen (Konflikt/Kooperation, Ziele) und andererseits die Strategien und Instrumente betreffen. George entwickelte einen Katalog von zehn Fragen, deren Antworten die kognitiven und instrumentellen Überzeugungen über das Wesen des Politischen widerspiegeln sollten, und die dazu dienten, unterschiedliche Subtypen zu identifizieren. Die anfängliche Konzentration auf bestimmte Einstellungstypen und das respektive außenpolitische Verhalten wich in den 1970er und 1980er Jahre einem stärker generisch und sozialvermittelten Verständnis von Denkbildern (Gaddis 1982; Rosati 1987). So wurden unterschiedlich gefestigte Trägergruppen „Novizen und Experten“ identifiziert und erste Hypothesen darüber entwickelt, unter welchen Bedingungen Denkbilder sich grundlegend verändern können (Levy 1994: 283).

In der neueren Denkbilderforschung lassen sich nun klarer zwei unterschiedliche Strömungen identifizieren: ein stärker rationalistisch und individual-psychologischer Strang in der US-amerikanischen Forschung (Walker/Schafer/Young 1998, 1999; Walker/Malici/Schafer 2011) und ein, oftmals in Europa zu findender, Strang mit stärker soziologisch-konstruktivistischer Ausrichtung (Harnisch 2000; Legro 2000). Beide Stränge

setzen quantitative und qualitative Methoden ein und untersuchen ein breites Spektrum von Entscheidungsträgern in demokratischen und autokratischen Systemen. In der vergleichenden Forschung zur Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen hat jüngst Jacques Hymans Studien zu Nordkorea und weiteren Proliferationsstaaten vorgelegt (Hymans 2006, 2012), welche die bestehende liberale Erklärung von Solingen wesentlich schärfer fasst und auch für autokratische Systeme plausibler macht (Solingen 2007, 2010).¹⁸

5.2 Prospect und Poliheuristic Theories: Entscheidungen unter Risikobedingungen

Eine entscheidungstheoretische Ergänzung des Denkbildansatzes ist die sog. Prospect-Theory. Sie ist selbst keine Handlungstheorie^v und bedarf daher der Ergänzung um Annahmen über die Ziele von Akteuren. Der Prospect-Ansatz macht vielmehr Aussagen darüber, wie sich Akteure entscheiden. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass sich viele Entscheider in Experimenten nicht rational, im Sinne der Nutzenmaximierung verhalten. Es zeigt sich vielmehr, dass Akteure sich an dem Prinzip der Verlustvermeidung als der Gewinnmaximierung orientieren (Kahneman/Tversky 1979). Die Forschung hat den aus dieser Beobachtung abgeleiteten Bias für eine status-quo-orientierte Außenpolitik kritisiert und nach den Bedingungen gefragt, unter denen Entscheider von ihrer Verlustaversion abweichen und riskantes Verhalten zur Maximierung von Gewinnen anstreben (Levy 1992: 284; Welch 2005: 43).

Verbindet man diese Annahme mit der Forschung über die besonderen Charakteristika demokratischer Außenpolitik, dann ergibt sich eine interessante Forschungsperspektive. Inwieweit ergeben sich aus innenpolitischen Faktoren (Wahlen, Koalitionsregierungen etc.) Varianzen in der Verlustaversion von unterschiedlichen demokratischen Regierungen? Führt die besondere Verlustaversion von Demokratien bspw. dazu, dass sie die Kosten der eigenen Außen- und Interventionspolitiken stärker versuchen zu manipulieren als andere Regime, z. B. durch eine gezielte Verschleierung oder Umgehung demokratischer Kontrollorgane (siehe Abschnitt 4.1).

Anfang der 1990er hat der sog. Poliheuristic-Theory-Ansatz einen ersten konzeptionellen Schritt in diese Richtung gemacht, indem er die Grundannahmen der Prospect Theory

¹⁸ Etel Solingen führt das Proliferationsverhalten auf die Varianz binnenstaatlicher Entwicklungsmodelle konkurrierender Gruppen in der Elite autokratischer oder demokratischer Regime zurück.

über die Verlustaversion von Entscheidungsträgern in einem zweistufigen Modell integriert (Mintz 1993; Mercer 2005). Im ersten Schritt nutzen die Akteure sog. Heuristiken, das können bspw. historische Analogien sein, um unvollständige oder widersprüchliche Information zu ordnen und zu bewerten. Als zentraler Maßstab für die Verlustaversion gelten die innenpolitischen Folgen, d.h. Abwahl oder Schlimmeres, des außenpolitischen Handelns.¹⁹ Sobald alle innenpolitisch nicht vermittelbaren oder ratifizierbaren Alternativen aussortiert wurden, werden dann im zweiten Schritt unterschiedliche Entscheidungsheuristiken angewandt. Diese Entscheidungsheuristiken können entweder Nutzen bei der Erreichung vieler Ziele miteinander verrechnen (kompensatorische Entscheidungsregel) oder starke non-kompensatorische (Präferenz-) Regeln beinhalten (Mintz 1993: 599-600). Indem es unterschiedliche Entscheidungsregeln in der zweiten Phase zulässt, ist der Poliheuristic-Ansatz prinzipiell offen für die Integration mit weiteren Ansätzen (bspw. dem Bürokratiemodell). Aber die Frage, welche Präferenzen die Akteure prioritär verfolgen und wann sich diese möglicherweise ändern, ist bei einer solchen möglicherweise fruchtbaren Integration noch nicht geklärt.

6. Sozialkonstruktivistische Ansätze in der vergleichenden Außenpolitikanalyse

Sozialkonstruktivistische Erklärungsansätze in der Außenpolitikforschung unterscheiden sich grundsätzlich von den zuvor genannten, indem sie das Akteur- und Strukturverständnis neu fassen. Sie unterscheiden sich von Neorealismus und Neoliberalismus, weil sie davon ausgehen, dass neben materiellen, auch ideelle (immaterielle) Strukturen das Handeln der Akteure prägen (Wendt 1995). Sie unterscheiden sich aber auch von vielen liberal-ideellen, kognitionspsychologischen Ansätzen, indem sie annehmen, dass Strukturen auf Akteure wirken, indem sie ihnen Identitäten,²⁰ Rollen,²¹ Normen²² zur Befolgung geben, die die Akteure selbst konstituieren (Wendt 1992; 1999).²³

¹⁹ Dem nonkompensatorischen Prinzip der Theorie zufolge, kann ein Verlust auf dieser Maßstabsebene durch keine Gewinn auf einer anderen Ebene „kompensiert“ werden (Mintz 1993: 601).

²⁰ Außenpolitische Identitäten sind Ideen über die Natur und die Ziele eines Gemeinwesens im Verhältnis zu seiner internationalen Umwelt.

²¹ Rollen sind soziale Positionen (und eine sozial akzeptierte Kategorie von Akteuren), die die ego (eigene) und alter (fremde) Erwartungen über die Funktion des Akteurs für eine soziale Gruppe bündeln.

Normen und Identitäten haben also nicht nur eine regulative Wirkung auf das Verhalten von Staaten, sie haben auch konstitutive Wirkung für Staaten und andere Akteure (Wendt 1998). So gehen sozial-konstruktivistische Ansätze auch davon aus, dass Interessen und Präferenzen nicht als gegeben angesehen werden können, sondern deren Entstehung und Veränderung in den Mittelpunkt der Analyse gerückt werden sollten. Die Entstehung und Veränderung von Interessen und Präferenzen wird dabei als sozialer Prozess konzipiert, indem zwischen mindestens zwei Akteuren eine Interaktion stattfindet (Weldes 1996).

Im Zentrum der sozialkonstruktivistischen Forschungsagenda seit Beginn der 1990er Jahre standen deshalb Prozesse der Überzeugung, der Normdiffusion durch Sozialisation, Imitation, Identitätsbildung oder Rollenübernahme (Checkel 2008). In diese Forschung tritt also neben die rationalistische „Logik der Konsequentialität“ – welchen Nutzen hat mein Verhalten für die Maximierung eines bestimmten Gutes? – eine „Logik der Angemessenheit“ (March/Olsen 1999) – entspricht das, was ich tun werde, den sozialen Erwartungen an mein Verhalten in der gegebenen Situation – oder eine „Logik der Argumentation“ – was ist das Richtige/Angemessene – in der Situation? (Risse 2000)

Entgegen vieler Vorurteile geht der Sozialkonstruktivismus nicht davon aus, dass die internationalen Beziehungen durch eine besonders starke normative Struktur geprägt oder auf einem vorbestimmten Weg zu einer „friedlicheren zivilisierteren Welt“ sind. Denn zum einen handelt es sich bei dieser Theorieströmung um keine einheitliche *Theorie* oder gar *Handlungstheorie*. Welche Normen ein Akteur für angemessen hält, ob die eines Selbstmordattentäters oder die eines Philantropen, das ist Gegenstand der Untersuchung und nicht Teil der sozialkonstruktivistischen Grundannahmen. Zum anderen nehmen die meisten Autoren an, dass verschiedene staatliche und nicht-staatliche Akteure (bspw. Terrorgruppen) unterschiedliche und oft auch gegensätzliche Normen vertreten, sodass keinesfalls von einem grundsätzlichen Kooperationsklima gesprochen werden kann. Im Gegenteil: Wie die neuere Forschung zum Phänomen des „demokratischen Krieges“ zeigt,

²² Normen sind intersubjektiv geteilte, wertegestützte Erwartungen angemessenen Verhaltens in einer bestimmten sozialen Gruppe.

²³ Dieses Ko-Konstitutionsverhältnis von Akteur und Struktur im Konstruktivismus hat eine wichtige wissenschaftstheoretische Folge: Wenn Akteure und Strukturen sich gegenseitig bedingen, dann kann das eine nicht als unabhängige Variable das andere, die abhängige Variable, bedingen, eine rein kausalanalytische Untersuchung ist ausgeschlossen (Zirkelschlussargument), sofern die Ko-Konstitution nicht temporär (über eine Annahme) ausgesetzt wird oder durch ein konstitutionslogisches Argument ergänzt wird. Ein konstitutionslogisches Argument macht Aussagen darüber, unter welchen Bedingungen ein Ereignis möglich wurde, vgl. Harnisch 2010.

geht die erhöhte In-Group-Kohäsion unter den Demokratien mit einer erhöhten Ausgrenzung von Nicht-Demokratien einher, welche bspw. die Kooperation mit sog. Schurkenstaaten behindert oder die gewalttätige Intervention in Autokratien (Irak 2003, Libyen 2011) ermöglicht (Geis et al. 2006).

Konstruktivistische Analyseansätze vergleichen nationale Außenpolitiken in diachroner Perspektive, d.h. ein soziales Konstrukt und dessen verhaltensprägende Wirkung über Zeit. So hat die deutsche strategische Kultur, i.e. die Einstellungen zum Einsatzmotiv und zur Einsatzform von Militär, über den Bruch des II. Weltkrieges hinweg einen fundamentalen Wandel erfahren (Longhurst 2004). Sie vergleichen Außen- und Sicherheitspolitiken aber auch in synchroner Perspektive, d.h. die Wirkung von nationalen Identitäten mehrerer Staaten zum gleichen Zeitpunkt. Dabei wird der Schwerpunkt auf den Nachweis unterschiedlicher Verhaltensweisen aufgrund der jeweiligen nationalen Selbstzuschreibungen trotz anderer struktureller Gemeinsamkeiten (westeuropäische parlamentarische Demokratien) gelegt (Risse et al. 1999; Stahl/Harnisch 2009).

Aus der Vielzahl der Ansätze (vgl. Tabelle 2) beschäftigte sich der Sekuritisierungsansatz der sog. „Kopenhagener Schule“ mit der diachronen Frage, wie innerhalb eines Gemeinwesens ehemals politische Themenfelder zum Gegenstand der Sicherheitspolitik, d.h. sekuritisiert, werden. Barry Buzan et al. (1998) begreifen dies als primär sprachlichen Prozess, in dem ein anerkannter Akteur (Entscheidungsträger) durch Sprechakte eine existentielle Bedrohung für eine Gruppe (referent object) erklärt und nach Prüfung durch die Zielgruppe (audience) die legitimierte Anwendung außergewöhnlicher Maßnahmen, meist repressive Gewaltanwendung, erwirken kann (securitization move).²⁴ Insbesondere nach den Anschlägen des 11. September 2001 hat sich dieser Erklärungsansatz als fruchtbar erwiesen, konnte er doch offenlegen, inwiefern nationale Varianzen in der Reichweite der Anti-Terrorpolitik auf die unterschiedlichen nationalen Sekuritisierungsdiskurse zurück zu verfolgen sind (Balzacq 2011). Gleichwohl bleibt der Ansatz bislang u.a. eine Antwort auf die Frage schuldig, unter welchen ideellen und materiellen Bedingungen genau ein „diskursiver Versicherheitlichungsschritt“ erfolgreich ist.

²⁴ Versicherheitlichung wird also primär negativ, weil in Abgrenzung zur Politisierung (Normalzustand) gefasst. Die „Sicherung des Bestandes von Werthaftem“ als primärer Aufgabe der Sicherheitspolitik wird somit für den demokratischen Rechtsstaat als Ausnahmezustand konstruiert, vgl. zur Kritik am Konzept: Buzan/Hansen 2009: 216-217.

Außenpolitische Rollen lassen sich gleichermaßen diachron und synchron vergleichen, doch liegt dem Konzept eine synchrone Logik zugrunde. Denn wenn Rollen soziale Positionen mit einer Funktion für eine bestimmte soziale Gruppe sind, die sich aus ego- und alter-Erwartungen speisen, dann gibt es zu jeder Rolle (Führungsmacht) eine oder mehrere Komplementärrollen (geführte Mächte oder Verbündete), die konstitutiv und regulativ von dieser Rolle abhängig sind. Vergleichende Außenpolitikforschung ist hier also immanent auch Analyse der Sozialstruktur der internationalen Beziehungen, insofern sie nach der Bezogenheit unterschiedlicher Rollen aufeinander fragt (Harnisch 2011: 12).

Im Gegensatz zu kognitivistischen Rollenkonzepten, wie sie die frühe US-Forschung von Holsti (1970) und Walker (1987) geprägt haben, gehen die neueren soziologisch-inspirierten Rollenkonzepte davon aus, dass ein nationaler Rollenwandel nur dann erfolgreich abgeschlossen werden kann, wenn sich komplementäre Rollen entsprechend anpassen. Ein erfolgreicher Abschluss eines Rollenwandels kann zum Beispiel sein, dass sich eine Sozialstruktur wie eine Militärallianz stabilisieren kann.

Tabelle 2: Sozialkonstruktivistische Ansätze in der vergl. Außen- und Sicherheitspolitik

Ansatz/Vertreter	Kausalfad	Forschungsfelder
Nationale Identitäten: Hopf, Risse, Hansen, Stahl	Gesellschaftliche Selbstbilder prägen über Diskurs Ziel-Mittel-Auswahl	EU-MS-Verhalten in AP-SP; RSFR
Außenpol. Rollen: Holsti, Walker, Harnisch, Maull	Alter-Ego-Erwartungen prägen außenpolitisches Handeln	EU-MS, insb. D-AP-SP sowie EU-AP
Sicherheitsgemeinschaften: Deutsch, Adler, Barnett, Schimmelfennig	Varianz in Gemeinschaftsethos prägt Konflikt-Kooperationsverhalten	Regionaler Vgl. mit Schwerpunkt Europa (OSZE/NATO/EU)
Normen/AP-SP-Kulturen: Katzenstein, Price, Legro Tannenwald, Kier	Normen prägen durch Logik der Angemessenheit sicherheits-politisches Verhalten	Vgl. SP; Vgl. militär. Org-Kulturen; Humanitäre Normen, VStR
Strateg. Kulturen: Snyder, Gray, Johnston, Longhurst	Histor. Erfahrungen prägen Einsatzmodi militärischer Gewalt	SU-USA; EU-MS; D im int. Vergl.
Sekuritisierung: Waeber, Buzan, McDonald	Sprechakte definieren Anwendungsbereich repressiver Maßnahmen	Anti-Terrorpolitik, Migration, HIV/AIDS, Umwelt
Post-Positivist. Ansätze Campbell, Booth	Sprechakte prägen Sicherheitspolitik und sollen sie emanzipatorisch verändern	US- SP, Vgl. AP; Emancipatory Security

Aus der sozialkonstruktivistischen Perspektive lässt sich entwicklungspolitisches Handeln nicht (nur) auf eigeninteressiertes, zweckrationales Handeln zurückführen. Entwicklungszusammenarbeit wird stattdessen als soziales Handeln, d.h. basierend auf gemeinsam gehaltenen Normen und Werten einer Gruppe, gedacht (Lumsdaine 1993). Die Vergabe von Entwicklungshilfe wird z. B. durch das Vorhandensein einer gemeinsamen historischen Erfahrung (z. B. post-koloniale Bindung), durch die Bedürftigkeit der Gebergesellschaft, gemessen an einem gemeinsamen Maßstab humanitärer Lebens- und Entwicklungsbedingungen, oder durch die Einhaltung gemeinsamer Hilfsvorstellungen – nur der, der sich anstrengt, hat auch Hilfe verdient – erklärt (Schieder 2011).

Der sozialkonstruktivistische Ansatz geht nicht von einer uneingeschränkten universalen Hilfsverpflichtung, also einem altruistischen Grundverständnis, aus. Vielmehr nimmt er (plausiblerweise) an, dass Hilfsbereitschaft – ähnlich den unterschiedlichen Vergabep Prinzipien für soziale Leistungen in den Industrieländern – variiert (Noel/Thérien 1995; Karagiannis 2005). Der Zusammenhang zwischen den Motiven und der konkreten Entwicklungspolitik wird dabei konstitutionslogisch hergestellt: Indem ein deutscher Entwicklungspolitiker von der „Verantwortung für die Entwicklungsländer“ spricht, wird die jeweilige Hilfe möglicherweise gerechtfertigt und bspw. parlamentarisch auch legitimiert. Die „Verantwortung“ bewirkt die Hilfe also nicht direkt (kausal), sondern sie ermöglicht diese (konstitutiv, wenn die Parlamentarier diese „Verantwortung“ als soziale Norm anerkennen und dementsprechend abstimmen, Harnisch 2010: 106).

Daraus ergeben sich folgende Verhaltenserwartungen:

1. Je stärker eine gemeinschaftliche Verantwortungsnorm auf internationaler Ebene ist (d.h. je genauer sie bestimmt ist und je größer ihre Anhängerschaft), desto größer ist der Verantwortungsdruck auf jene, die diese Norm anerkennen und von ihr sprechen.

Daraus folgt auch:

2. Je größer die humanitäre Bedürftigkeit, je größer die historische Bindung oder je größer die Vorleistung in Erwartung der Hilfe innerhalb einer internationalen Gemeinschaft ist, desto höher sind die Entwicklungshilfeleistungen der Geber gegenüber den Empfängern innerhalb dieser Verantwortungsgemeinschaft.^{vi}

Einzelpersonen, Parteien und Ministerien spielen in konstruktivistischen Erklärungen deshalb eine große Rolle, weil sie wichtige Sprecher sind, d.h. dass durch sie oder in ihnen jene Rechtfertigungen hervorgebracht werden, die die Ressourcentransfers ermöglichen. In der Forschung sind bislang vor allem entwicklungspolitische Rollen und nationale Solidaritätsverständnisse untersucht worden (Breuning 1995). Sie zeigen bspw. substantielle Unterschiede bei der Vergabehöhe, der Konditionalisierung und den Vergabekanälen von EZ (bi- vs. multilateral) (Schieder/Folz/Musekamp 2011).

7. Fazit: Chancen für eine integrative Teildisziplin

Verändert sich der Gegenstand einer Teildisziplin, wie es durch die zunehmende Vermischung von Innen- und Außenpolitik geschieht, dann muss sich die Wissenschaft ihrem Gegenstand anpassen. Aufgabe der vergleichenden Außen- und Sicherheitspolitik ist es, mithin diesem Befund nachzugehen und durch die Integration von weiteren Themenfeldern und Analyseebenen eine dem Gegenstand angemessenere Analyse vorzulegen. Indem sich die Außenpolitikanalyse weiter gegenüber der vergleichenden Politikwissenschaft und den Internationalen Beziehungen öffnet, wird sie zwangsläufig an Eigenständigkeit als Disziplin verlieren. Gleichwohl dürfte sie durch eine solche, die Teildisziplinen übergreifende Integration auch erheblich an Erklärungskraft gewinnen.

Die Öffnung der systemischen Ansätze für subsystemische Faktoren zeigt ebenso wie die Logik des Sozialkonstruktivismus, welche die Analyseebenen überwölbt, dass die Teildisziplin diese Herausforderung angenommen hat. Ob dies schon ausreichend ist, oder ob die anhaltende Diffusion staatlicher Macht an nicht-staatliche Akteure und internationale Institutionen weitere, gravierende Veränderungen der traditionellen disziplinären Perspektiven fordert, lässt sich immer nur zeitlich befristet beantworten. Für das vergangene Jahrzehnt lässt sich gleichwohl festhalten, dass die Teildisziplin konzeptionell und empirisch-analytisch sehr produktiv gewesen ist und daher mit Zuversicht in die Zukunft schauen kann.

Weiterführende Literatur

Smith, Steve et al. (Eds.) 2008: Foreign Policy: Theories – Actors - Cases, Oxford: Oxford UP.

Die derzeit beste Einführung in die Außenpolitik: sehr gute einleitende Kapitel zu Klassifikationen und Theorien, interessante und aktuelle Fallstudien zur Operationalisierung von Ansätzen mittlerer Reichweite in diversen Themenfeldern (begrenztes ergänzendes Online-Angebot).

Beasley, Ryan K. et al. (Hg) 2012: Foreign Policy in Comparative Perspective, 2nd ed., Washington D.C., CQ Press.

Die derzeit beste Einführung in die vergleichende Außenpolitikforschung: eine kurze wiederholende Einleitung in die Erklärungsansätze der vergleichenden Außenpolitikforschung wird ergänzt durch eine große Auswahl von vergleichenden nationalen Policy-Profilen aus allen Kontinenten (kein ergänzendes Online-Angebot).

Kirchner, Emil/Sperling, James (Eds.) 2010: National Security Cultures. Patterns of Global Governance, New York: Routledge.

Für den fortgeschrittenen Leser die derzeit beste aktuelle Analyse in der komparativen Sicherheitspolitik anhand von 11 strikt vergleichend angelegten Länderfallstudien (kein ergänzendes Online-Angebot).

Literatur

- Allison, Graham T. 1969: Conceptual Models and the Cuban Missile Crisis. *American Political Science Review* 63:3, 689–718.
- Allison, Graham T. 1971: *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*, New York: HarperCollins.
- Allison, Graham T. and Morton H. Halperin 1972: Bureaucratic Politics: A Paradigm and Some Policy Implications. *World Politics* 24(Supplement): 40–79.
- Allison, Graham/Zelikow, Philipp 1999: *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*, 2nd edition, New York et al.: Longman.
- Art, Robert J. 1973: Bureaucratic Politics and American Foreign Policy: A Critique, in: *Policy Sciences* 4:4, 467–490.
- Balzacq, Thierry (Hg.) 2011: *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, New York: Routledge.
- Barnett, Michael/Sikkink, Kathryn 2008: From International Relations to Global Society, in: Snidal, Duncan/Reus-Smit, Christian (Eds.): *Oxford Handbook of International Relations*, New York: Oxford UP, 62–83.
- Bellamy, Alex/Williams, Paul 2011: On the limits of moral hazard: The ‘responsibility to protect’, armed conflict and mass atrocities, in: *European Journal of International Relations* 12:1, 1–33.
- Bennett, D. Scott/Allan C. Stam 1996: The Duration of Interstate Wars, in: *American Political Science Review* 90:4, 239–257.
- Betz, Joachim/Matthies, Volker 1986: Die Dritte Welt: Subjekt oder Objekt von Sicherheitspolitik?, in: Hamann, Rudolf (Hg.): *Die »Süddimension« des Ost-West-Konfliktes*, Baden-Baden, 247–263.
- Bodemer, Klaus 1985: Programmentwicklung in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Nuscheler, Franz (Hg.): *Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik (PVS-Sonderheft 16)*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 278–308.
- Bonß, Wolfgang 1997: Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit, in: Prüfert, Andreas et al. (Hrsg.): *Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 21–41.
- Breuning, Marijke 1995: Words and Deeds: Foreign Assistance Rhetoric and Policy Behavior in the Netherlands, Belgium, and the United Kingdom, in: *International Studies Quarterly* 9:2, 235–254.
- Breuning, Marijke/Ishiyama, John T. 2003: Donor Characteristics and the Dispersion of Foreign Assistance, in: *International Politics* 40:2, 249–268.
- Bueno de Mesquita, Bruce et al. 1999: An Institutional Explanation of Democratic Peace, in: *American Political Science Review* 93:4, 791–808.
- Bueno de Mesquita, Bruce et al. 2005: *The Logic of Political Survival*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Buzan, Barry/Waever, Ole/de Wilde, Jaap 1998: *Security. A New Framework for Analysis*, Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Caporaso, James A./Hermann, Charles F./Kegley, Charles W. 1987: The Comparative Study of Foreign Policy: Perspectives for the Future, in: *International Studies Notes* 13: 2, 32–46.
- Carey, Sabine C. 2007: European Aid: Human Rights Versus Bureaucratic Inertia, in: *Journal of Peace Research* 44:4, 447–464.
- Carlsnaes, Walter 2002: Foreign Policy, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hg.): *Handbook of International Relations*, London u. a: Sage, 331–349.
- Checkel, Jeffrey T. 2008: Constructivism and Foreign Policy, Smith, Steve/Hadfield, Amelia/Dunne, Tim (Eds.) 2008: *Foreign Policy. Theories- Actors- Cases*, Oxford UP, 71–82.
- Crawford T./Kuperman, Alan (Eds) 2006: *Gambling on Humanitarian Intervention*, London: Routledge.
- Deitelhoff, Nicole/Wolf, Klaus-Dieter 2009: Der Widerspenstigen Selbst-Zähmung? Zur Professionalisierung der Internationalen Beziehungen in Deutschland, in: *PVS* 50:3, 451 – 475.

- Desch, Michael* 2008: Power and Military Effectiveness: The fallacy of Democratic Triumphalism, Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Doyle, Michael* 2008: Liberalism and Foreign Policy, in: *Smith, Steve/Hadfield, Amelia/Dunne, Tim* (Eds.) 2008: Foreign Policy. Theories- Actors- Cases, Oxford UP, 49-70.
- East, Maurice A./Salmore, Stephen A./Hermann, Charles F.* (Hrsg.) 1978: Why Nations Act: Theoretical Perspectives of Comparative Foreign Policy Studies, Beverly Hills, CA.
- Fearon, James D.* 1994: Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes, in: *American Political Science Review* 88:3, 577-592.
- Gaddis, John L.* 1982: Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American Security Policy, New York: Oxford UP
- Geis, Anna* 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den „demokratischen Frieden“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42: 2, 283-298.
- Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald* (Eds.) 2006: Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Geis, Anna/Wagner, Wolfgang* 2011: How far is it from Königsberg to Kandahar? Democratic peace and democratic violence in International Relations, in: *Review of International Studies* 37, 1555–1577.
- Gelpi, Christopher F./Michael Griesdorf* 2001: Winners or Losers? Democracies in International Crisis, 1918-1994, in: *American Political Science Review* 95: 3, 633-647.
- Gelpi, Christopher/Feaver, Peter D./Reifler, Jason* 2009: Paying the Human Costs of War: American Public Opinion and Casualties in Military Conflicts, Princeton: Princeton University Press.
- Grieco, Joseph M.* 1990: Cooperation Among Nations. Europe, America and Non-Tariff Barriers to Trade, Ithaca, NY: Cornell UP.
- Janis, Irving* 1972: Victims of Groupthink: A Psychological Study of Foreign-Policy Decisions and Fiascoes, Boston: Houghton Mifflin.
- Haftendorn, Helga* (Hrsg.) 1978: Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln.
- Halperin, Morton H.* 1974: Bureaucratic Politics and Foreign Policy, Washington, D.C.: Brookings.
- Halperin, Morton H./Clapp, Priscilla A.* 2006: Bureaucratic Politics and Foreign Policy, 2nd edition, Washington, D.C.: Brookings.
- Harnisch, Sebastian* 2000: Außenpolitisches Lernen. Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel, Opladen: Leske & Budrich
- Harnisch, Sebastian* 2002: Außenpolitiktheorie nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Stand und Perspektiven der Forschung (Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 7), Trier: Universität Trier, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/tazip/tazip7.pdf> [07.03. 2012].
- Harnisch, Sebastian* 2003: Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: *Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael* (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland, Baden-Baden: Nomos Verlag, 313-360.
- Harnisch, Sebastian* (2010): Sozialer Konstruktivismus, in: *Masala, Carlo/Sauer, Frank/Wilhelm, Andreas* (Hrsg.): Handbuch der Internationalen Politik, Wiesbaden: VS, 102-116.
- Harnisch, Sebastian* 2011: Role Theory: Operationalization of Key Concepts, in: *Harnisch, Sebastian/Frank, Cornelia/Maull, Hanns W.* (Hg.): Role Theory in International Relations. Contemporary approaches and analyses, New York: Routledge, 7-15.
- Harnisch, Sebastian/Stahl, Bernhard* 2009: Fazit: Die identitären Möglichkeitsräume der EU-Außenpolitik, in: *Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian* (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos Verlag, 275-292.
- Holsti, Kalevi J.* 1970: National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly* 14: 3, 233-309.

- Holsti, Ole R.* 1976: Foreign Policy Decision-Makers Viewed Psychologically: „Cognitive process“ approaches, in: *Rosenau, James N.* (Hrsg.): *In Search of Global Patterns*, New York, 120-144.
- Houghton, David P.* 2010: Groupthink, in: *Badie, Bertrand et al.* (Ed.): *International Encyclopedia of Political Science*, Vol. IV, Newbury Park, CA: Sage, 1057-1060.
- Hudson, Valerie* 2007: *Foreign Policy Analysis: Classic and Contemporary Theory*, Lanham: Rowman&Littlefield.
- Hudson, Valerie* 2008: The history and evolution of foreign policy analysis, in: *Smith, Steve/Hadfield, Amelia/Dunne, Tim* (Eds.) 2008: *Foreign Policy. Theories- Actors- Cases*, Oxford UP, 11-30.
- Hudson, Valerie M./ Vore, Christopher S.* 1995: Foreign Policy Analysis Yesterday , Today, and Tomorrow, in: *Mershon International Studies Review* 30: Suppl. 2, 209-238.
- Huntington, Samuel P.* 1971: Foreign Aid: For What and for Whom? (I), in: *Foreign Policy* 1, 161-190.
- Hymans, Jacques* 2006: *The Psychology of Nuclear Proliferation: Identity, Emotions and Foreign Policy*, New York: Cambridge UP.
- Hymans, Jacques* 2012: *Achieving Nuclear Ambitions: Scientists, Politicians, and Proliferation*, New York: Cambridge UP.
- Janis, Irving* 1972: *Victims of Groupthink*. Boston: Houghton Mifflin.
- Jervis, Robert* 1976: *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton, NJ: Princeton UP.
- Kaarbo, Juliet* 1996: Power and Influence in Foreign Policy Decision Making: The Role of Junior Coalition Partners in German and Israeli Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly* 40:4, 501–530.
- Kaarbo, Juliet* 1998: Power Politics in Foreign Policy: The Influence of Bureaucratic Minorities, in: *European Journal of International Relations* 4:1, 67–97.
- Kaarbo, Juliet/ Gruenfeld, Deborah* 1998: The Social Psychology of Inter- and Intragroup Conflict in Governmental Politics, in: *Mershon International Studies Review* 42:2, 226–233.
- Kahneman, Dabiel/Tversky, Amos* 1979: Prospect Theory: An Analysis of Decisions under Risk, in: *Econometrica* 47: 2, 263-291.
- Kant, Imanuel* [1795] 1984: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Stuttgart: Reclam.
- Karagiannis, Nathalie* 2005: Die Gabe der Entwicklung, in: *Adloff, Frank/Mau, Steffen* (Hg.): *Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität*, Frankfurt a.M: Campus Verl., 277-296.
- Katzenstein, Peter J.* 1976: International Relations and Domestic Structures: Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States, in: *International Organization* 30: 1, 1-45.
- Kissinger, Henry A.* 1957: *World Restored: Metternich, Castlereagh, and the Problems of Peace, 1812–1822*, Boston: Houghton Mifflin.
- Keohane, Robert/Martin, Lisa* 2003: Institutional Theory, Endogeneity, and Delegation, in : *Progress in International Relations Theory: Appraising the Field*, *Colin Elman and Miriam Elman*, eds. (Cambridge, Mass.: MIT Press, 2003), 71-107.
- Kowert, Paul* 2002: *Groupthink or Deadlock: When Do Leaders Learn from Their Advisors?* Albany, NY: State University of New York Press.
- Krasner, Stephen D.* 1972: Are Bureaucracies Important? (Or Allison Wonderland), in: *Foreign Policy* 7, 159–179.
- Kuperman Alan* 2008: The moral hazard of humanitarian intervention: Lessons from the Balkans, in: *International Studies Quarterly* 52:1, 49–80.
- Labs, Eric J.* 1992: Do Weak States Bandwagon?, in: *Security Studies* 1: 3, 383-416.
- Lake, David* 1992: Powerful Pacifists: Democratic States and War, in: *American Political Science Review* 86: 1, 24-37.
- Lake, David* 2011: Anarchy, in: *Badie, Bertrand et al.* (Ed.): *International Encyclopedia of Political Science*, Vol. I, Newbury Park, CA: Sage, 78-81.

- Larsen, Henrik 2009: A Distict FPA for Europe? Towards a Comprehensive Framework for Analysing the Foreign Policy of EU Member States, in: *European Journal of International Relations* 15:3, 537-566.
- Leeds, Brett Ashley 2003: Alliance Reliability in Times of War: Explaining State Decisions to Violate Treaties, in: *International Organization*, 57:4, 801–827.
- Legro, Jeffrey W. 2000: Whence American Internationalism, in: *International Organization* 54:2, 253-290.
- Legro, Jeffrey W./Moravcsik, Andrew 1999: Is Anybody Still a Realist?, in: *International Security* 24: 2, 5-55.
- Levy, Jack S. 1994: Learning and Foreign Policy: sweeping an conceptual minefield, in: *International Organisation* 48(1994) 2: 279-312
- Levy, Jack S. 1989: The Causes of War: A Review of Theories and Evidence, in: *Tetlock, Philip et al.* (Eds.): *Behavior, Society and Nuclear War*, Vol. 1, New York: Oxford UP, 209-333.
- Levy, Jack S. 1992: Prospect Theory and International Relations: Theoretical Applications and Analytical Problems, in: *Political Psychology* 13: 2, 283-310.
- Lipson, Charles 2003: *Reliable Partner. How democracies have made a separate peace*, Princeton: Princeton UP.
- Lobell, Steven E., Norrin M. Ripsman, and Jeffrey W. Taliaferro 2009: *Neoclassical Realism, the State, and Foreign Policy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Longhurst, Kerry 2004: *Germany and the Use of Force: The Evolution of German Security Policy 1989-2003*, Manchester: Manchester UP.
- Lumsdaine, David H. 1993: *Moral Vision in International Politics. The Foreign Aid Regime. 1949-1989*, Princeton: Princeton UP.
- March, James G./Olson, Johan P. 1989: *Rediscovering Institutions: The organizational Basis of Politics*, New York: Free Pr.
- Martin, Lisa 2000: *Democratic commitments: Legislatures and International Cooperation*, Princeton: Princeton UP.
- McKinlay, R./Little, R. 1979: The US Aid Relationship: A Test of the Recipient Need and the Donor Interest Models, in: *Political Studies* 27: 2, 236-250.
- Mercer, Alex 2005: Prospect Theory and Political Science, in: *Annual Review of Political Science* 8, 1-21.
- Milner, Helen 1988: *Resisting Protectionism: Global Industries and the Politics of International Trade*, Princeton: Princeton UP.
- Mintz, Alex 1993: The Decision to Attack Iraq. A Noncompensatory Theory of Decision Making, in: *Journal of Conflict Resolution* 37: 4, 595-618.
- Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization* 51: 4, 513-533.
- Moravcsik, Andrew 2005: The Paradox of U.S. Human Rights Policy, in: *Ignatieff, Michael* (Ed.): *American Exceptionalism and Human Rights*, Princeton, 147-197.
- Moravcsik, Andrew 2008: The New Liberalism, in: *Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan* (Eds.): *The Oxford Handbook of International Relations*, Oxford, 234-254.
- Moravcsik, Andrew/Schimmelfennig, Frank 2009: Liberal Intergovernmentalism, in: *Wiener, Antje/Diez, Thomas* (Eds): *European Integration Theory*, Oxford: Oxford UP, 67-87.
- Morgan, Patrick 2007: Security in International Politics: Traditional Approaches, in: *Collins, Alan* (Ed.): *Contemporary Security Studies*, Oxford: Oxford UP, S. 13-34.
- Morgenthau, Hans J. 1960: *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, New York: McGraw-Hill Publisher.
- Morgenthau, Hans J. 1962: A Political Theory of Foreign Aid, in: *American Political Science Review* 56 (2), 301-309.
- Mueller, John E. 1973: *War, Presidents, and Public Opinion*, New York.

- Müller, Harald/Risse-Kappen, Thomas 1990: Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozess, in: Rittberger, Volker (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen: Westdeutscher Verl., 375-400.
- Noël, Alain/Thérien, Jean-Philippe 1995: From domestic to international justice: the welfare state and foreign aid, in: International Organization 49:3, 523-553.
- Nunnenkamp, Peter/Öhler, Hannes 2009: Aid Allocation through various official and private channels. Need, Merit and Self-Interest as Motives of German Donors, Kiel 2009 http://www.ifw-members.ifw-kiel.de/publications/aid-allocation-through-various-official-and-private-channels-need-merit-and-self-interest-as-motives-of-german-donors/kwp_1536 [20.08.2011].
- Oppermann, Kai 2008: Prinzipale und Agenten in Zwei-Ebenen-Spielen. Die innerstaatlichen Restriktionen der Europapolitik Großbritanniens unter Tony Blair, Wiesbaden: VS.
- Overhaus, Marco/Schieder, Siegfried 2010: Institutionalismus, in: Masala, Carlo et al. (Hg.): Handbuch der Internationalen Politik, Wiesbaden: VS, 117-134
- Putnam, Robert D. 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games, in: International Organization 42:3, 427-460.
- Rathbun, B. 2008: A Rose by Any Other Name: Neoclassical Realism as the Logical and Necessary Extension of Structural Realism. Security Studies 17:2, 294-321.
- Rauchhaus, Robert W. 2009: Principal-agent problems in humanitarian intervention: Moral hazards, adverse selection and the commitment dilemma, in: International Studies Quarterly 53:4, 871-884.
- Reiter, Dan/Stam, Allan C. 1998: Democracy, War Initiation, and Victory, in: American Political Science Review 92:2, 377-389.
- Reiter, Dan/Stam, Allan C. 2002: Democracies at War, Princeton: Princeton UP.
- Risse, Thomas 2000: Let's argue: Communicative Action World Politics, in: International Organization 54:1, 1-41.
- Risse, Thomas et al. 1999: To Euro or not to Euro? The EMU and Identity Politics in the European Union, in: European Journal of International Relations 5:2, 147-187.
- Risse-Kappen, Thomas 1991: Public Opinion, Domestic Structure and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics 43:4, 479-512.
- Rogowski, Ronald 1989: Commerce and Coalitions: How Trade Affects Domestic Political Alignments, Princeton: Princeton UP.
- Rosati, Jerel A. 1987: The Carter Administration' Quest for Global Community: Belief and Their Impact on Behavior, Columbia, SC, Univ. of South Carolina Pr.
- Rosenau, James N. 1966: Pre-Theories and Theories of Foreign Policy, in: Farrell, R. Barry (Hrsg.): Approaches in Comparative and International Politics, Evanston, 27-91.
- Rosenau, James N. (Hrsg.) 1974: Comparing Foreign Policies: Theories, Findings, and Methods, New York.
- Russett, Bruce 1993: Grasping the Democratic Peace: Principles for a Post-Cold War World, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Schafer, Mark/Nunley, Jonathon/Chritchlow, Scott 2011: The Psychological Characteristics of Leaders and the Quality of Group Decision Making, in: Walker, Stephen/Malici, Akan/Schafer, Mark (Eds.): Rethinking Foreign Policy Analysis, New York: Routledge, 112-129.
- Schieder, Siegfried/Folz, Rachel/Musekamp, Simon 2011: The Social Construction of European Solidarity: Germany and France in the EU policy towards the states of Africa, the Caribbean, and the Pacific (ACP) and Central and Eastern Europe (CEE), in: Journal of International Relations and Development 14:3, 469-505.
- Schieder, Siegfried 2010: Neuer Liberalismus, in: Siegfried Schieder und Manuela Spindler, Hrsg.: Theorien der Internationalen Beziehungen, 3. Auflage. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 187-222.
- Schultz, Kenneth A. 1998: Domestic Opposition and Signalling in International Crisis, in: American Political Science Review 92: 4, 829-844.

- Schweller, Randall L.* 2003: The Progressiveness of Neoclassical Realism, in: *Elman, Colin/Elman, Miriam Fendius* (Eds.): *Progress in International Relations Theory: Appraising the Field*, Cambridge, Mass.: MIT Press, 311 - 47.
- Singer, J.D.* 1961: The Level-of-Analysis Problem in International Relations, in: *World Politics* 14: 1, 77-92.
- Siverson, Randolph M.* 1995: Democracy and War Participation: In Defense of the Institutional Constraints Argument, in: *European Journal of International Relations* 1: 481-489
- Snyder, Richard C./Bruck, H.W./Sapin, Burton* 1954: *Decision-Making as an Approach to the Study of International Politics* (Foreign Policy Analysis Project Series No. 3), Princeton, NJ: Princeton UP.
- Smith, Steve* 1980: Allison and the Cuban Missile Crisis: A Review of the Bureaucratic Politics Model of Foreign Policy Decision making, in: *Millennium* 9:1, 21-40.
- Smith, Steve* 1986: Theories of Foreign Policy: An Historical Overview, in: *Review of International Studies* 12: 1, 13-29.
- Smith, Steve/Hadfield, Amelia/Dunne, Tim* (Eds.) 2008: *Foreign Policy. Theories – Actors - Cases*, Oxford UP.
- Solingen, Etel* 2007: *Nuclear Logics: Contrasting Paths in East Asia and the Middle East*, Princeton, NJ: Princeton UP.
- Solingen, Etel* 2010: Domestic Models of Political Survival: Why Some Do and Others Don't (Proliferate), in: *Potter, William C./Mukhatzhanova, Gaukhar* (Hrsg.): *Forecasting Nuclear Proliferation in the 21st Century: Vol. 1: The Role of Theory*, Stanford, CA: Stanford UP, 38-57.
- Sprout, Harold/Sprout, Margaret* 1957: Environment Factors in the Study of International Politics, in: *Journal of Conflict Resolution* 1: 4, 309-328.
- Sprout, Harold/Sprout, Margaret* 1965: *The Ecological Perspective on Human Affairs: with Special Reference to International Politics*, Princeton, NJ: Princeton UP.
- Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian* (Hg.) 2009: *Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- 't Hart, Paul et al.* (eds.) 1997: *Beyond Groupthink: Group Decision Making in Foreign Policy*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Thelen, Kathleen/Steinmo, Sven* 1992: Historical Institutionalism in Comparative Perspective, in: *Steinmo, Sven/Thelen, Kathleen/Longstreth, Frank* (Hg.): *Structuring Politics: Historical Institutionalism in Comparative Perspective*, Cambridge: Cambridge UP, 1-32.
- Thérien, Jean-Philippe* 2002: Debating foreign aid: right versus left, in: *Third World Quarterly* 23: 3, 449-466.
- Vasquez, John A.* 1997: The Realist Paradigm and Degenerative versus Progressive Research Programs: An Appraisal of Neotraditional Research on Waltz's Balancing Proposition, in: *American Political Science Review* 91: 4, 899-912.
- Wagner, Wolfgang* 2006: Vergleichende Außenpolitikanalyse, in: *H. Barrios & C. Stefes* (Hg.): *Einführung in die Comparative Politics*, München: Oldenbourg Verl. , 250-260.
- Wagner, Wolfgang/Hellmann, Gunter* 2006: Zivile Weltmacht? Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, in: *M. Jachtenfuchs & B. Kohler-Koch* (Eds.): *Europäische Integration*, Opladen: Leske + Budrich, 569-596.
- Walker, Stephen G.* (ed.) (1987): *Role Theory and Foreign Policy Analysis*, Durham: Duke University Press.
- Walker, Stephen/Malici, Akan/Schafer, Mark* (Eds.) 2011: *Rethinking Foreign Policy Analysis*, New York: Routledge.
- Walker, Stephen G./Schafer Mark/ Young, Michael D.* 1999: Presidential Operational Codes and Foreign Policy Conflicts in the Post-Cold War World, in: *Journal of Conflict Resolution* 43: 5, S. 610-625.

- Walker, Stephen G./Mark Schafer/Michael D. Young 1998: Systematic Procedures for Operational Code Analysis: Measuring and Modelling Jimmy Carter's Operational Code, in: *International Studies Quarterly* 42: 3, 175-190.
- Walt, Stephen 1987: *The origins of alliances*, Ithaca/London.
- Walt, Stephen M. 1997: The Progressive Power of Realism, in: *American Political Science Review* 91: 4, 931-935.
- Waltz, Kenneth N. 1959: *Man, the State, and War*, New York: Columbia University Press.
- Waltz, Kenneth N. 1979: *Theory of International Relations*, Reading, MA: Addison-Wesley
- Waltz, Kenneth N. 1996: International Politics is not Foreign Policy, in: *Security Studies* 6: 1, 52-55.
- Waltz, Kenneth N. 1997: Evaluating Theories, in: *American Political Science Review* 91: 4, 913-917.
- Watts, Stephen 2008: Air war and restraint: the role of public opinion and democracy', in: *Evangelista, Matthew/ Müller, Harald/ Schörnig, Niklas* (Eds.): *Democracy and Security*, London: Routledge, 53-71.
- Weber, Max [1922] 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*, hrsg. v. J. Winckelmann, 5. rev. Aufl., Tübingen: J. C. B. Mohr, 551-579.
- Welch, David 2005: *Painful Choices. A Theory of Foreign Policy Change*, Princeton: Princeton UP.
- Weldes, Jutta 1996: Constructing National Interests, in: *European Journal of International Relations* 2: 275-318.
- Wendt, Alexander 1992: 'Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics', *International Organization* 46:2, 391-426.
- Wendt, Alexander 1995: Constructing International Politics, in: *International Security* 20:1, 71-81.
- Wendt, Alexander 1998: On Constitution and Causation in International Relations, in: *Review of International Studies* 24:101-117.
- Wendt, Alexander 1999: *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge UP.
- Wolforth, William 2008: Realism and foreign policy, in: *Smith, Steve/Hadfield, Amelia/Dunne, Tim* (Eds.) 2008: *Foreign Policy. Theories- Actors- Cases*, Oxford UP, 32-48.
- Zangl, Bernhard 1999: *Interessen auf zwei Ebenen. Internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik*, Baden-Baden: Nomos Verl.

ⁱ Kursiv gesetzte Begriffe könnten in einer E-Book-Version bspw. mit dem Wörterbuch von MGS verknüpft werden.

ⁱⁱ Je nach Betrachtungsweise werden die internationalen Beziehungen auch als „World Politics/Weltpolitik“, „International Politics/internationalen Politik“ oder „Global World Society/Weltgesellschaftspolitik“ bezeichnet, vgl. Barnett/Sikkink 2008; vgl. auch das Kapitel von Michael Zürn und Nicole Deitelhoff in diesem Band.

ⁱⁱⁱ Sicherheitspolitik bezeichnet dann die Inhalte und organisatorischen Steuerungsformen des politischen Handelns eines Staates oder Staatenzusammenschlusses zum Schutze einer politischen Gemeinschaft.

^{iv} Hier evtl. Graphik für Levels-of-Analysis einfügen.

^v Bsp. Für Endnote 1-Verfahren. "Fachausdruck für eine Theorie, die im Unterschied zu Struktur- und Systemtheorien gesellschaftliche und politische Phänomene vor allem aus Absichten, Situationsdeutungen und Handlungen von individuellen Akteuren oder Kollektivakteuren sowie aus der Struktur und den Rahmenbedingungen sozialer Beziehungen erklärt." (Schmidt Manfred G. 2004: *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart. 2. Aufl.) (vgl. Akteurtheorien).

^{vi} Der Ausschluss aus der Verantwortungsgemeinschaft, der bspw. durch einen Normbruch bei der Verwendung von EZ für Waffenkäufe bewirkt werden kann, führt dann zur Aussetzung entsprechender Hilfsverpflichtungen.